

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 27 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, den 2. Februar 1934

Chefredakteur: M. Braun

Für Deutschlands Aufrüstung

Italien und England trennen sich in der Abrüstungsfrage von Frankreich

Reichskanzler Adolf Hitler hat am 30. Januar vor dem Reichstag erklärt:

„Deutschland fordert seine Gleichberechtigung. Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation dieses zu verweigern. Niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern.“

Soweit Italien und England in Betracht kommen, hat das Wort des Reichskanzlers, wie wir gestern schon ankündigten, recht behalten. Beide Großmächte sind vor der drohenden Gefahr, die Hitler-Deutschland mit dem Austritt aus dem Völkerbund einleitete, zurückgewichen. Die neuen Abrüstungsvorschläge, die sowohl Italien wie England veröffentlichten, sind ein rüstungspolitischer Erfolg der nationalsozialistischen Diktatur. Es wäre lächerlich und gefährlich zugleich, diese Tatsache abzuwischen zu wollen. In dem Bemühen, die deutsche Reichsregierung an die Verhandlungstische von Genf zurückzuführen, haben Italien und England weitgehende Konzessionen an die Aufrüstungsforderung Hitler-Deutschlands gemacht. Von einem besonderen Misstrauen gegen die Rüstungs- und Außenpolitik der Hitler-Diktatur, wie es bis vor kurzem die englische Regierung unverhüllt zeigte, ist in dem neuen englischen Abrüstungsplan nichts mehr zu spüren. Sowohl in dem italienischen wie in dem englischen Schriftstück werden die Friedensreden des Reichskanzlers als aufrichtige und ernsthafte Kundgebungen bewertet.

Bei der Beurteilung der Aussichten für die italienische und englische Aktion ist allerdings darauf hinzuweisen, daß diese Dokumente nicht die Grundlage einer Aussprache auf der Abrüstungskonferenz in Genf bilden, sondern daß sich insbesondere England mit seinem Plan nicht nur direkt an Deutschland und Frankreich, sondern auch an die meisten anderen Länder der Welt wendet. Der englische Plan wird sowohl in Frankreich, wie in der Tschechoslowakei, in Polen und in Belgien in entscheidenden Teilen auf Ablehnung stoßen müssen. Es ist nicht abzusehen, wie in der kurzen Frist, die uns von der einstweilen letzten Vertagung der Konferenz in Genf trennt, eine Einigung zwischen den für eine Abrüstungskonferenz notwendigen Staaten erfolgen sollen. So betrachtet, ist zwar durch den englisch-italienischen Vorstoß die Abrüstungsfrage über den roten Punkt hinaus getrieben worden und die Aussprache wieder in Fluß gekommen, aber die Aussichten einer wirklichen Abrüstungskonvention scheinen uns nicht größer zu sein, als vorher.

Die Reichsregierung läßt ankündigen, daß sie bald auf die beiden neuen Pläne antworten werde. In den einzelnen Vorschlägen des englischen Entwurfs gedenkt sie Änderungen anzubringen. Mit der Grundtendenz ist die Reichsregierung aber zweifellos einverstanden.

Die italienisch-englische Aktion legt die Politik Frankreichs und seiner Verbündeten im Ören einer schweren Belastungs- und Nervenprobe aus. Was auch immer in den beiden Plänen von Begrenzung der Rüstungen, von Verböten und von Kontrollen die Rede sein mag: Die Situation ist so, daß der Gedanke einer Abrüstung preisgegeben ist. Es werden nicht mehr Abrüstungs-, sondern Bewaffnungsverhandlungen geführt. Deutschlands Recht auf Aufrüstung ist von zwei europäischen Großmächten offiziell anerkannt. Das, was durch den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz verhindert werden sollte, ist nicht aufzuhalten: Sowohl der Zerfall der Welt in gerüstete Mächtegruppen, wie der Beginn weiteren Wettbewerbs ist das einzige, was als Gewißheit vor uns steht.

Notwendig ist noch der Hinweis, daß zwischen dem italienischen und dem englischen Dokument alles andere als Übereinstimmung besteht. Italien geht davon aus, daß die bisherigen Streitkräfte der hochgerüsteten Staaten erhalten bleiben sollen. Darin nähert sich Italien dem grundsätzlichen Standpunkt Frankreichs. England dagegen polemisiert etwas ärgerlich gegen diesen Standpunkt. Es will die bisherigen Effektivbestände herabgesetzt wissen.

Das gefährliche Durcheinander und Gegeneinander in der sogenannten Abrüstungsfrage ist also noch gesteigert worden und die Gefahr auch.

Italienisches Memorandum

Der von der „Agentia Stefani“ veröffentlichte Text geht davon aus, daß die deutsche Position in der Abrüstungsfrage stark sei. Man müsse feststellen, daß die Gefahr bestehe, wenn man nicht zu einem Abkommen gelange, werde sich die Tatsache der Gleichberechtigung außerhalb eines Übereinkommens vollziehen. Die Möglichkeit und der Wille zu etwaigen Sanktionsanwendungen lasse aber den Ernst einer Lage ermessen, die im Falle einer nicht zustandekommeu Einigung eintreten würde. Die italienische Regierung könne nicht umhin, den Friedenserklärungen des Präsidenten Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler die größte Beachtung zu schenken.

Die italienische Regierung hält folgendes Abkommen für möglich, das bis zum 31. Dezember 1934 gelten könnte.

Abkündigung des chemischen Krieges mit Kontrolle über Vorbereitung und Ausbildung.

Verbot des Bombenabwurfs auf Zivilbevölkerung, wobei zu bemerken ist, daß auf dem Gebiet der Abschaffung des Luftbombardements noch radikalere Maßnahmen ergriffen werden können. Diese Maßnahmen würden die Lösung der Frage der deutschen Gleichberechtigung in der Luft sehr erleichtern.

Beschränkung der Militärausgaben der durch die Friedensverträge nicht beschränkten Mächte auf ihren gegenwärtigen Stand.

Beschränkung des Speerematerials derselben Mächte auf den gegenwärtigen Stand.

Was die Effektivstärke betrifft, so geht die deutsche Forderung nach 200 000 Mann von der Tatsache aus, daß die bewaffneten Mächte ihre Effektivstärke nicht auf die Ziffern des MacDonald-Planes heruntersetzen, sondern die augenblicklichen Ziffern beibehalten. Das Problem der Herabsetzung der Effektivstärke ist so kompliziert und wirft so viel Fragen auf, daß dadurch der Abschluß eines Abkommens in Frage gestellt würde. Es ist deshalb besser, auf der Basis des Ratens quo und der von den deutschen Vorschlägen angebotenen Beschränkung zu verhandeln. Was die Etappen betrifft, in denen die Umformung und Vermehrung der deutschen Kräfte vor sich zu gehen hätte, so glaubt die italienische Regierung, daß sie sich aus technischen Notwendigkeiten von selbst ergeben und daher auch verpflichtend festgelegt werden könnten.

Für die Beendigung müßte man eine Revision zur nächsten Seekonferenz aufschieben.

Den hier vorgesehenen Zugeständnissen gegenüber würde Frankreich einen sofortigen und wirksamen Gegenwert erhalten in der Aufrechterhaltung seiner Gesamtrüstung. Ohne Zweifel würde das von der technisch-militärischen Seite aus gesehen genügen, um ihm für die ganze Dauer des Abkommens eine unbezweifelbare Sicherheit zu garantieren.

Ein letzter und wesentlicher Gegenwert für die Annahme der deutschen Forderungen, der außerdem einen neuen Beitrag zur Sicherheit liefern würde, könnte die Verpflichtung Deutschlands sein, nach Genf zurückzukehren, nicht nur das Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen, sondern um seinen Sitz im Völkerbund wieder einzunehmen. Die italienische Regierung weist nachdrücklich darauf hin, von welchem Interesse ein solches Ereignis sein würde.

Der englische Plan

Das englische Memorandum zerfällt in zwei Abschnitte, einen grundsätzlichen und einen praktischen Teil, die ihrerseits wieder mehrfach untergeteilt sind. Es behandelt in seinem ersten Teil die politische Voraussetzung, unter denen die englische Regierung die Abrüstungsfrage behandelt. In diesem ersten Teil heißt es am Schluß:

„Es scheinen nur zwei Möglichkeiten

zu bestehen, zwischen denen zu wählen ist:

Sich auf eine Konvention zu einigen, welche den Verzicht auf gewisse Waffengattungen durch die hochgerüsteten Mächte in sich schließt,

Flucht aus Oranienburg

Die „Deutsche Freiheit“ veröffentlicht heute ein Kapitel aus „Oranienburg“, der Schrift des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Gerhard Seger, dem es gelang, der Hölle des genannten Konzentrationslager nach sechs Monaten zu entinnen. Es behandelt eines der peinlichsten Kapitel mit absoluter Wahrheitstreue: „Gefangene untereinander“.

Absturz der russischen Stratosphärenflieger

Der letzte Funkspruch?

Moskau, 1. Februar. Der russische Stratosphärenflieger hat einen tragischen Abbruch genommen. Aus bisher unbekanntem Grund ist die Gondel abgestürzt, während sich die Ballonhülle löste und davonflog. Sämtliche drei Insassen fanden den Tod.

Von dem verunglückten russischen Stratosphärenballon will, wie die Telegramen-Agentur der UdSSR mitteilt, ein Radiomann in der Umgebung von Memel am 30. Januar ungefähr um 13 Uhr folgenden Funkspruch aufgefangen haben: „... spricht Stratosphärenballon, mitteilt dies ... Ballon geriet in Zone Niederschläge vereiste. Wir befinden uns ausweiliger Lage ... eisbedeckt fallen wir ... zwei meiner Genossen ist sehr übel ...“

Das Telegramenbüro bemerkt, daß diese Mitteilung noch einer näheren Prüfung bedürfte.

Der Untersuchungsansatz ist nach dem Ort der Katastrophe abgereift. Ueber die Ursache des Unglücks wird angenommen, daß der Ballon durch starke Luftströmungen aus der Moskauer Gegend fortgetragen worden und in großer Höhe in überaus ungünstige atmosphärische Verhältnisse geraten ist.

Der Ballon ging in der Nähe des Ortes Potiskovo östlich von Moskau nieder. Wie von Augenzeugen beobachtet worden war, schlug die Gondel des Ballons recht hart auf dem Boden auf. Im gleichen Augenblick erfolgte zwei Explosionen, durch die die Gashülle von der Gondel getrennt wurde und davonflog. Die Zeichen der drei Stratosphärenflieger wurden durch die Explosion stark verstimmt. Sämtliche im Innern der Gondel befindlichen Apparate und Mechanismen sind zerstört worden. Ueber die Ursache der Explosion ist man noch völlig im unklaren. Eine offizielle Untersuchungskommission ist bereits an die Unfallstätte abgereist, um dort zu versuchen, die Gründe für das Unglück zu ermitteln. Die Nachricht von dem tragischen Ende der Stratosphärenflieger, die bereits einen neuen Welt Höhenrekord aufgestellt hatten, hat unter der Moskauer Bevölkerung tiefe Trauer hervorgerufen. Der gegenwärtig tagende Kongreß der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands hat heute den Beschluß, den verunglückten Fliegern einen Ehrenplatz in der Kremliumauer als Grabstätte zuzuwenden. Als Zeichen der Trauer über den tragischen Tod der Stratosphärenflieger hat sich der Kongreß verlegt.

Sich auf der Grundlage zu einigen, daß die hochgerüsteten Mächte nicht abrüsten können oder wollen, daß sie sich aber verpflichten, ihre gegenwärtigen Rüstungen nicht zu erhöhen. Die englische Regierung muß gegenüber den anderen Regierungen mit allem Ernst daran bestehen, daß die erste Möglichkeit, die nach ihrer Ansicht bei weitem vorzuziehen ist.

Sicherheit durch Pakte

Nach Ansicht der englischen Regierung ist es wichtig, den Grundgedanken der Beratung im Falle der Verletzung oder drohenden Verletzung des Kellogg-Paktes auf den Fall der Verletzung der Abrüstungskonvention selbst auszudehnen.

Ein weiterer Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit wird durch die Bereitwilligkeit des deutschen Reichskanzlers zum Abschluß von Nichtangriffspakten mit allen Nachbarn Deutschlands geliefert. Wenn solche Pakte ausdrücklich in Verbindung mit der Konvention eingegangen werden, dürfte ihr praktischer Wert für die Schaffung eines Sicherheitsgeföhls nicht bestritten werden.

„Gleichberechtigung nicht weniger wichtig als Sicherheit“

Die englische Regierung zögert nicht, zu erklären, daß der Grundgedanke der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nicht weniger wichtig ist als der Grundgedanke der Sicherheit.

Die englische Regierung erwidert mit Freude aus den Erklärungen des Herrn Hitler, daß Deutschland darauf verzichtet, den Besitz von „Angriffswaffen“ zu beanspruchen, und sie auf eine normale „Verteidigungsbewaffnung“ beschränkt, wie sie für die Armeen benötigt wird, die in dem Abkommen für Deutschland vorgegeben würde,

Ueberdies macht der deutsche Kanzler diesen Vorschlag in der Annahme, daß die schwer gerüsteten Staaten nicht befreit sind, auf Grund des Abkommens irgendeinen Teil ihrer jetzt bestehenden Waffen anzugeben. Die englische Regierung ist keineswegs bereit, sich diese letzte Ausnahme zu eigen zu machen; sie muß darauf bestehen, daß nur eine Vereinbarung, die sowohl eine Herabsetzung wie eine Beschränkung der Rüstungen enthält, den Namen einer Abrüstungskonvention verdient.

Die nachstehenden Änderungsansätze zu dem Abkommensentwurf gehen von der Annahme aus, daß die Vereinbarung auf 10 Jahre abgeschlossen wird.

Mannschaftsbestände

Die englische Regierung befürwortet ihrerseits zwar noch immer die Ziffern der Tabelle, die sie am Schluss von Art. 13 des Konventionsentwurfes aufgestellt hat, berücksichtigt aber die kürzliche Unterhaltung mit der deutschen Regierung über die angemessene Zahl der Tagesdurchschnittsstärke, die Deutschland zuzubilligen wäre. Im Konventionsentwurf hat sie selbst die Zahl 200 000 für die Tagesdurchschnittsstärke der im Mutterland stehenden Truppen für Frankreich, Deutschland, Italien und Polen vorgeschlagen.

Dabei ist der wesentliche und unveränderliche Faktor ihrer Ansicht nach nicht die Zahl 200 000, sondern der Grundsatz der Parität.

Der in diesen Heeresstärken für die vier Länder gerecht berechnet und angemessen wäre. Wenn es sich erweisen sollte, daß die Zahl 200 000 zu niedrig ist, so würde sich sicher zwischen dieser Zahl über, wie die englische Regierung glaubt, die Mehrheit der betroffenen Mächte den Vorzug geben und der Zahl 300 000 eine Regelung treffen lassen. Eine Einigung über diese Zahl wird es ermöglichen, daß alle Heere des europäischen Festlandes auf einem einheitlichen Typus von kurzdienenden Personalbeständen gebracht werden, wie dies im Konventionsentwurf vorgesehen ist. Die englische Regierung schlägt vor, daß dieser Prozess in höchstens vier Jahren abgeschlossen sein soll. In Art. 16 des Konventionsentwurfes waren als höchste Gesamtdienstzeit für die Personalbestände acht Monate vorgeschlagen, obwohl gleichzeitig anerkannt wurde, daß es in besonderen Fällen vorkommen könnte, daß die Dienstzeit 12 Monate betragen müßte. Die englische Regierung ist bereit, einer längeren Frist zuzustimmen, wenn diese allgemein gewünscht wird.

Eine schwierige Frage ist in Bezug auf die sogenannte „militärähnliche Ausbildung“ angemessen worden. Die englische Regierung schlägt vor, solche Ausbildung außerhalb des Heeres zu verbieten, und dieses Verbot durch ein System ständiger automatischer Überwachung zu kontrollieren. Sie freut sich besonders, zu hören, daß die deutsche Regierung aus freien Stücken Versprechen gegeben hat, vermittels einer Kontrolle den Nachweis zu führen, daß die SA und SS keinen militärischen Charakter haben, und daß sie hinausgeht hat, derselbe Nachweis werde auch für den Arbeitsdienst geführt werden.

Landkriegsrüstungs-Material

Gewisse Länder werden für die höheren Zahlen ihrer vereinbarten Heere eine größere Anzahl der Waffen brauchen, die jetzt im Besitz ihrer kleinen Heere sind. Die englische Regierung schließt sich dieser Ansicht an.

Sie möchte betonen, daß auf Grund der Konvention das Verbot von Flugzeugabwehrschiffen verschwinden würde. Sie möchte vorschlagen, das Höchstkaliber der Geschütze und Grenz- und Festungsverleibungssystemen durch internationale Vereinbarung festzulegen.

Die englische Regierung ist der Ansicht, daß von den Kategorien des Landkriegsmaterials, die zur Zeit gewissen Mächten durch Vertrag untersagt sind, besonders zwei Waffenarten behandelt sind. Sie legt sowohl im Interesse der Abrüstung wie der Durchführung der Gleichberechtigung aller Länder größten Wert darauf, daß sozuleich an die Abschaffung von Tanks über 10 Tonnen herangegangen werden sollte. Sie schlägt deshalb vor, daß Tanks über 30 Tonnen bis zum Ende des zweiten Jahres, solche über 20 Tonnen bis Ende des dritten Jahres und solche über 10 Tonnen bis zum Ende des fünften Jahres zerstört werden sollen.

Die englische Regierung ist bereit, sich damit einverstanden zu erklären, daß die neue deutsche Armee, wie sie der Konventionsentwurf vorsieht, mit Kampfwagen bis zu sechs Tonnen ausgerüstet wird.

Die Regierung weist ferner bereit, sich mit einer gleichen Abmachung für Österreich, Ungarn und Bulgarien einverstanden zu erklären.

Was die beweglichen Landgeschütze betrifft, so ist daran zu erinnern, daß in dem Konventionsentwurf der Vorschlag gemacht ist, das

Höchstkaliber auf 115 Millimeter festzulegen.

Sie würde es außerordentlich bedauern, wenn Vorschläge gemacht würden, die geeignet wären, bei zukünftigen Konventionen über dieses Kaliber hinauszugehen.

Sie sieht der Tatsache gegenüber, daß die deutsche Regierung an ihrer Auffassung festhält, wonach als ein Teil der Ausrüstung der neuen Armee mit kurzer Dienstzeit bewegliche Landgeschütze bis 155 Millimeter notwendig sind. Obgleich die englische Regierung die weitergehenden Vorschläge ihres eigenen Konventionsentwurfes immer noch küßt, ist sie bereit, diesem Vorschlag als Bestandteil der Konvention zuzustimmen.

Es bleibt jedoch die Frage offen, ob nicht mittels der vorgeschlagenen Konvention eine Verminderung des Höchstkalibers der beweglichen Landgeschütze sämtlicher Mächte erreicht werden kann. Die britische Regierung schlägt vor, daß Geschütze über 350 Millimeter bis zum Ende des ersten Jahres, solche über 220 Millimeter bis zum Ende des vierten Jahres und die über 155 Millimeter bis zum Ende des sechsten Jahres zerstört werden sollen.

Militärluftfahrt für alle

Wenn die ständige Abrüstungskommission nach Ablauf von 3 Jahren die Abschaffung nicht beschlossen hat, sollen alle Länder das Recht haben, eine Militärluftfahrt zu besitzen. Die Länder würden in den folgenden acht Jahren je nach ihrer Lage ihre Personalbestände schrittweise entweder vermindern oder erhöhen, so daß sie bis zum Ablauf der Konvention zu den Zahlen gelangen, die in der Tabelle bei Art. 11 angegeben sind, oder auch auf andere Zahlen, die noch zu vereinbaren wären.

Es ist selbstverständlich, daß jeglicher Bau oder Ausrüstung von solchen Arten, die während der Dauer der Konvention zerstört werden müssen, verboten wäre.

„Sehr ernste Meinungsverschiedenheiten“ Schweigen des offiziellen Frankreich — Pressestimmen

Paris, 1. Febr. Ueber die englische und die italienische Denkschrift zur Rüstungsfrage hielten sich die offiziellen französischen Kreise in Stillschweigen. Die englische Denkschrift, deren Bedeutung man höher einschätzen scheint, als die der italienischen, ist bereits eingehend geprüft worden, doch weist man darauf hin, daß der Ministerpräsident erst gestern das Außenministerium übernommen und deshalb noch nicht Zeit gehabt habe, sie persönlich durchzugehen.

Das Urteil der Presse kann man als Ablehnung der englischen Vorschläge bezeichnen, obwohl einige Blätter versuchen, diese Ablehnung mit allerhand Vorbehalten zu umgeben. Die Kommentare zur italienischen Denkschrift, die vom römischen Korrespondenten des „Matin“ als fast reißende Billigung des deutschen Standpunktes gewertet wird, sind recht spärlich. Alles in allem bezweifelt man, daß der Versuch Englands und Italiens, durch ihre Kompromissvorschlüge Deutschland für die Rückkehr nach Weis zu gewinnen, Erfolg haben wird.

Der offiziöse „Petit Parisien“ will den englischen Beitrag zur Abrüstungsfrage nicht ohne weiteres ausschalten, da die Verständigung zwischen Paris und London über viele Anregungen durchaus möglich sei.

Leider aber treten, wenn man auf die Einzelheiten eingeht, sehr ernste Meinungsverschiedenheiten auf. Frankreich fordert eine substantielle Rüstungsüberabsetzung der am stärksten gerüsteten Armeen, nicht aber die Aufrüstung Deutschlands. England und auch Italien plädierten für eine, wenn auch kontrollierte mäßige Aufrüstung Deutschlands.

Günstlich der Kontrolle würden keine beruhigenden Einzelheiten bekannt. Was werde auch aus den wirtschaftlichen und sonstigen Sanktionen? Besonders unzulänglich seien aber die Vorschläge Englands und Italiens in der Frage der Truppenstärke und vor allem bezüglich des „braunen Heeres“, dessen Fortbestehen neben der regulären Armee für Frankreich völlig unannehmbar sei. Die italienische Denkschrift gehe darüber stillschweigend hinweg, und die englische beschränke sich auf die Anregung eines kontrollierten Verbots der halb-militärischen Ausbildung. Der „Petit Parisien“ behauptet ferner, daß alle Anregungen Englands bezüglich der halb-militärischen Verbände, Tanks, Geschütze usw. durch die Ereignisse bereits überholt seien. Wer wolle ernsthaft behaupten, daß Deutschland heute weder Tanks, noch 155-Millimeter-Geschütze noch Militärflugzeuge besitze? So gern man der italienischen Anregung, den Friedenserklärungen Hindenburgs und Ditters Rechnung zu tragen, auch nachkommen möchte, könne die Aufrüstung Deutschlands doch einiges Mißtrauen ein.

Man habe in Frankreich nicht den Eindruck, daß bei der gegenwärtigen Lage dieses Mißtrauen durch eine Konferenz der vier Weltmächte behoben werden könnte, selbst wenn die Vertreter der übrigen interessierten Staaten dazu eingeladen würden.

Das „Deure“ nennt das englische Dokument wenig befriedigend für Frankreich, weil es Deutschland die Aufrüstung anbiete und gleichzeitig die übrigen Mächte zwingen wolle, ohne Probezeit abzurufen. Die angeblich neuen Garantien, die England anbiete, seien bereits von England mehrmals durch die Artikel des Völkerbündnisses oder den Briand-Kellogg-Pakt übernommen worden. Das englische Dokument werde vielleicht als Grundlage eines künftigen politischen Abkommens dienen können, aber zur Zeit schienen die Regierungskreise Frankreichs von ihm wenig erbaut zu sein.

Den gleichen Eindruck will „Petit Journal“ gewonnen haben, das besonders hervorhebt, daß die englische Denkschrift den Erfordernissen der französischen Sicherheit nicht hinreichend Rechnung trage. Als unannehmbar bezeichnet Berlin im „Echo de Paris“ die englischen Vorschläge. Sir John Simon und sein Ministerpräsident bieten es für überflüssig, den Reichskanzler nach seinen Taten zu beurteilen. Deshalb schlagen sie die Aufrüstung Deutschlands und die Abrüstung Frankreichs

bis zur Verwirklichung der völligen Gleichheit vor. Aber Frankreich müsse angesichts der wachsenden deutschen Militärmacht die Freiheit seiner Vorbereitungen behalten.

„Kühner Fortschritt“ Englische Stimmen

Das „London, 1. Febr. „Times“ bezeichnet schon in der Ueberschrift die Abrüstungsdienkschrift der englischen Regierung als einen kühnen Fortschritt. Er gehe über alles hinaus, was bisher in der Abrüstungsfrage vorgeschlagen worden sei. Das Blatt vertritt sogar den Standpunkt, daß sie trotz ihrem Kompromisscharakter entscheidender und dabei genauer sei als die beinahe gleichzeitig veröffentlichte italienische Denkschrift.

Was England vorschlägt, meint das Blatt, werde der Forderung Deutschlands nach Gleichheit ebenso gerecht, wie Frankreichs Verlangen nach Sicherheit.

Besonders hervorgehoben wird von der „Times“, daß die britische Regierung bereit ist, sich mit sofortiger Konsultation mit den anderen Mächten zu verpflichten für den Fall, daß das neue Abkommen einmal verletzt werden sollte. Damit habe man der Forderung Frankreichs und anderer Länder nach Sicherheit entgegenzukommen versucht. Hoffentlich werde man auf dem Kontinent anerkennen, daß die britische Regierung damit die Linie der traditionellen englischen Politik verlässe und Gefahr laufe, sich ihrem eigenen Volke gegenüber starken Kritiken aussetzen. Allerdings sei von dem gefunden Menschenverstand der Engländer zu hoffen, daß sie die Notwendigkeit der Lage begreifen. Das Blatt feiert die Regierung Macdonald, die wiederum einen sehr wesentlichen Beitrag zur internationalen Verständigung geleistet habe.

Die konservative „Morning Post“ spricht von einem letzten Versuch. Der englische Vorschlag sei für ein England, das damit ein beträchtliches Risiko auferlegt. Vielleicht lohne es sich aber, insbesondere wenn man im Austausch gegen dieses Opfer für die nächsten zehn Jahre mit einem gesicherten Frieden und der Vermeidung jedes kostspieligen Beträgens rechnen könne.

Der sozialistische „Daily Herald“ erinnert seine Leser daran, daß morgen der zweite Jahrestag des Beginns der Abrüstungskonferenz ist. Mit den neuen englischen Vorschlägen ist das Blatt zufrieden. Die Lage werde darin offen so behandelt, wie sie wirklich sei. Es komme jetzt auf das Verhalten Frankreichs an. Beharre es bei der Probezeit, so werde die Abrüstung endgültig scheitern. Da die anderen Mächte offenbar nicht auf das deutsche Niveau abzurufen wollten, müsse man annehmen, daß Deutschland eine Angleichung seines Rüstungsstandes vornehme.

Auch „Daily Mail“ ist voll Lobes über die Geschicklichkeit und Klugheit, mit der die englische Regierung vorgegangen sei. Für den Fall, daß auch diese Bemühung scheitere, müsse die englische Regierung sich endgültig von der Abrüstungskonferenz zurückziehen.

„News Chronicle“ spricht von den Vorschlägen eines „christlichen Märsches“. Begeisterung könne man bei den Vorschlägen nicht empfinden, aber sicher sei der englische Plan weniger unbefriedigend als die Vorschläge Italiens.

Am Grunde schlage Rom nur vor, daß jeder behalten solle, was er habe.

Bedauerlich sei, daß die englische Regierung nicht für eine Herabsetzung der zulässigen Größe der Tanks eingetreten sei. Ebenso hätte das Kaliber der zulässigen schweren Geschütze noch herabgesetzt werden müssen. Was für den Fall einer Verletzung der zu schaffenden Abrüstungskonvention angeführt werde, sei etwas verschwommen. Frankreich werde wohl deutlichere Zusicherungen verlangen, und die britische Regierung werde sich in dieser Beziehung zu weiteren Zugeständnissen beugen müssen.

Flottenrüstungen: Die britische Regierung hält ihrerseits noch an dem Flottenkapitel des Konventionsentwurfes fest.

Ueberwachung

Die britische Regierung weiß sehr gut, wach großes Gewicht verschiedene Regierungen auf die Einrichtung eines Systems der dauernden und automatischen Ueberwachung der Kontrolle der Durchführung der Abrüstungskonvention legen. In diesem Zusammenhang ergaben sich jedoch viele technische Schwierigkeiten, und diese müssen in richtiger Weise bewältigt werden. Die englische Regierung bekräftigt ihre Bereitschaft, der Anwendung eines Systems ständiger und automatischer Ueberwachung, die gleichzeitig mit den Verpflichtungen der Konvention wirksam würde, zuzustimmen, wenn eine allgemeine Verständigung über alle anderen Fragen erreicht worden ist.

Es ist bereits angeführt, daß die von der britischen Regierung vorgeschlagenen Änderungen an einer Konventionsdauer von zehn Jahren basiert sind. Der Konventionsentwurf schlug fünf Jahre vor.

Daladier wartet ab

Und er beruhigt

Paris, 1. Febr. Die Frist, die Ministerpräsident Daladier sich für die Vorstellung des Kabinetts vor dem Parlament gestellt hat, kann, wenn sie richtig genutzt wird, sehr viel zur Entspannung der parlamentarischen Lage beitragen. Die von Daladier angekündigten strengen Maßnahmen gegen die in den Stavisky-Skandal verwickelten Beamten und seine Bereitschaft, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss anzunehmen, haben beruhigend auf die erregten Gemüter gewirkt. Die einzelnen Parteien wollen abwarten, wie die Regierungserklärung ausfällt und wie der Ministerpräsident die von ihm erwarteten Versprechen durchführen wird. Die Regierungserklärung wird ihre endgültige Fassung erst in dem am Dienstagvormittag zusammentretenden Ministerrat finden. Ihr außenpolitischer Teil wird, wie man behauptet, die Reichstagsrede des Reichskanzlers weitgehend berücksichtigen.

Daß Daladier vor dem Zusammentritt des Parlaments noch eine Rundfunkansprache halten werde, ist vom Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium bemerkt worden.

Im allgemeinen neigt man der Auffassung zu, daß auschlaggebend für das Schicksal des Kabinetts die Entscheidungen sein werden, die Daladier bis zum Zusammentritt des Parlaments fällen wird. Seine einzige Chance,

so erklärt man, bestehe in seiner Ehrenhaftigkeit und seiner Energie. Daß die Regierung gemäß ihrem Versprechen so schnell wie möglich zugehen muß, wird als notwendig angesehen, wenn man die Auflösung der Kammer vermeiden will. Sogar ein so parlamentarisch eingestelltes Blatt wie „Le Nouvelliste“ ist nach dieser Richtung befragt. Die Pünktlichkeit und Kürze, mit der der deutsche Reichstag die deutsche Verfassungsreform verabschiedet hat, hat auf viele Kreise in Frankreich einen großen Eindruck gemacht. Seit Jahren fordern, so schreibt in diesem Zusammenhang der „Quotidien“, harterbändige Köpfe eine Reform der französischen Verfassung, aber man hat nichts unternommen. Die Methode Ditters ist vielleicht zu rasch und deshalb gefährlich, aber die unferige ist wegen ihrer Langsamkeit nicht weniger gefährlich.

Der Saar-Ausschuß

Zusammentritt erst am 15. Februar?

Genf, 1. Febr. Der in der letzten Sitzung des Völkerbundes ernannte Dreierausschuß zur Vorbereitung der Saarbestimmungen unter dem Vorsitz des Italiener Baron Aloisi, dessen erste Arbeitssitzung ursprünglich auf den 3. Februar festgesetzt war, wird, wie im Völkerbund verlautet, nicht vor dem 15. Februar zusammentreten. Das Völkerbundssekretariat ist mit den Vorarbeiten für diese Sitzung noch nicht fertig geworden. Es handelt sich dabei um die Zusammenstellung jener Punkte, mit denen der Saarausschuß sich befassen soll, um später dem Völkerbundsrat bei seiner Montagtagung greifbare Vorschläge für die Abstimmung machen zu können. Die Anfertigung dieser Liste hat sich offenbar doch als schwieriger erwiesen, als man zunächst annahm.

Großer politischer Mordprozeß

18 Kommunisten angeklagt

Berlin, 1. Febr. Vor dem Berliner Sondergericht begann am Donnerstag der Prozeß gegen 18 Kommunisten, die an dem Feuerüberfall am 17. Februar 1933 beteiligt waren, bei dem der Scharführer der SA, von der Ahe sein Leben lassen mußte. Während die Angeklagten im Moskowsky-Prozeß noch nach den alten Strafbestimmungen abgeurteilt wurden, werden in diesem Falle bereits die krasperen Bestimmungen des Reichsverordnungs vom 28. Februar 1933 angewendet. Zur Verhandlung sind 64 Zeugen und drei Sachverständige geladen.

Der Feuerüberfall erfolgte etwa drei Wochen nach dem Mord an dem Sturmführer Moskowsky und dem Polizeioberwachmeister Jauris, fast an der gleichen Stelle. — Der Prozeß dürfte etwa zehn bis zwölf Tage dauern.

Die Männer von Oranienburg

Frühere Kommunisten paktieren mit SA.

Wir berichteten jüngst, daß es dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Gerhard Seger gelungen sei, aus dem Konzentrationslager Oranienburg zu entfliehen. Nun liegt seine Schrift „Oranienburg“ (Verlagsanstalt Graphis, Karlsbad) vor, das seine Erlebnisse wiedergibt, eingeleitet von der Eidesformel: „Ich schwöre, daß ich nichts verschweige, nichts hinzusetze . . .“ Der Schrift haben wir das folgende Kapitel über die Gefangenen des Lagers entnommen:

Die Zahlen

Der Umfang der Belegschaft des Lagers hat im Laufe dieser sechs Monate, in denen ich dort war, sehr geschwankt. Kurz nach der Einlieferung des ersten anhaltischen Transportes am 14. Juni begann man die Gefangenen zu nummerieren, damals betrug die Belegschaft rund 200 Gefangene. Ich habe im Lager die laufende Nummer 190 erhalten, während Anfang Dezember die laufende Nummer die Zahl 1800 weit überschritten hatte. Die höchste Belegschaftsziffer wurde im Juli und August mit nahezu 1200 Gefangenen erreicht, nach dieser Zeit ist die Belegschaft durch umfangreiche Verschiebungen der Gefangenen nach Papenburg, Sonnenburg und Brandenburg vermindert worden. In den letzten Wochen des November nahm die Stärke der Belegschaft wieder zu, weil in anderen Teilen des Reiches kleinere Lager aufgelöst und die Gefangenen nach Oranienburg überwiesen wurden; so waren zuletzt Transporte von rund dreihundert Mann aus der Provinz Hannover und aus Rheinland-Westfalen eingetroffen.

Welch eine Härte bedeutet für die Gefangenen aus diesen Teilen des Reiches und deren Angehörige der Transport nach Oranienburg — es ist ein für allemal vorbei, daß die Frauen noch ihre Männer besuchen können, denn das Fahrgehalt aus Rheinland-Westfalen nach Oranienburg ist für eine einzige Reise höher als der Betrag, den die Frauen an Unterstützung für einen ganzen Monat erhalten!

Gewöhnliche und Ehrenhäftlinge

Ebenso stark wie die Gesamtziffer der Belegschaft hat auch ihre politische Zusammensetzung geschwankt. In seinen ersten Anfängen enthielt das Lager Oranienburg in der Hauptsache Gefangene aus dem Kreise Niederbarnim und dessen weiterer Umgebung, vorwiegend Kommunisten, vereinzelt Sozialdemokraten und noch vereinzelter Gefangene unpolitischer Herkunft, oder von bürgerlichen Parteien. Mit den Transporten aus Anhalt, aus Rathenow, Brandenburg und anderen Städten erhöhte sich die Zahl der Sozialdemokraten ganz bedeutend, ebenso kamen auch einzelne Angehörige bürgerlicher Mittel- und Rechtsparteien ins Lager. So ist z. B. längere Zeit der zweite Vorsitzende der Zentrumsparlei aus Rathenow, ein Oberstudiendirektor Wittler, in Oranienburg festgehalten worden, er brauchte aber nicht zu arbeiten und es ist ihm auch sonst nichts geschehen. Im Juni und August wurden des öfteren Gefangene eingeliefert, die bei Razzien in Berlin festgenommen wurden, wobei sich auch Angehörige der NSBO, des Stahlhelms und der Deutschnationalen Volkspartei befanden. Einen neunenswerten Prozentsatz der Lagerbelegschaft haben aber die aus Rechtskreisen oder aus oppositionellen Gruppen innerhalb der NSDAP, stammenden Gefangenen nie gebildet. Was etwa darüber erzählt wird, daß das Oranienburger Lager von verhafteten rebellierenden SA-Leuten angefüllt sei, ist eine Legende. Eine Zeitlang hat sich der Gefangenenwitz der Buchstaben NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) bemächtigt, und sie so übersezt: „Nun siehste bald Oranienburg“, aber so umfangreich, wie nach diesem Scherz die Zufuhr neuer Gefangener aus den Kreisen unzufriedener NSBO-Leute hätte scheinen können, war sie lange nicht. Während der ganzen sechs Monate, Juni bis Dezember, hat sich die Einlieferung von verhafteten SA-Leuten immer nur auf einzelne Fälle beschränkt, die in ihrer Gesamtsumme im Laufe der Zeit die Zahl 50 ganz bestimmt nicht überschritten haben.

Zu diesem Punkt muß noch erwähnt werden, daß diejenigen verhafteten SA-Leute, die eine Charge in der SA bekleideten und sich in irgendeiner Weise unvorsichtig oppositionell geäußert hatten, nach ihrer Einlieferung ins Lager eine besondere Behandlung erfuhren. So brachte man eines Abends vier ehemalige Hauptleute (Cordes, Wolf, Zucker, v. Marwitz), die beschuldigt worden waren, innerhalb der NSDAP eine Art von illegaler Opposition geschaffen und gegen verschiedene Gauleiter gearbeitet zu haben. Ihre Verhaftung und Einlieferung ins Konzentrationslager hatte die Berliner nationalsozialistische Zeitung „Der Angriff“ auf der ersten Seite in großer Aufmachung gebracht und als einen Beweis für das rasche und rücksichtslose Zugreifen der Parteileitung gefeiert. Im Lager sah die Sache freilich dann ganz anders aus: die vier Herren, die sozusagen mit großem Gepäck eintrafen, erhielten ein besonderes Quartier, kamen mit keinem anderen Gefangenen zusammen, konnten sich beschäftigen womit sie wollten, und unterlagen auch hinsichtlich der Post und des Besuchs keiner der für das Lager sonst geltenden Beschränkungen; der Kommandant begab sich jeden Morgen nach seinem Eintreffen im Lager zu ihnen, um sich nach ihrem Befinden und ihren Wünschen zu erkundigen; kurzum, sie waren die ersten Vertreter der Gattung sogenannter „Ehrenhäftlinge“, die später noch um einige andere Vertreter, auch aus den Kreisen opponierender mittlerer und kleiner SA-Führer, vermehrt wurde.

Dagegen wurden die wenigen NSBO-Leute, Stahlhelmer und Deutschnationalen, die man ins Lager brachte, unter uns übrige Gefangene eingereiht, und in jeder Beziehung so behandelt wie wir. Einige davon haben sich freilich durch Beispaltung von Sozialdemokraten und Kommunisten gewisse Vergünstigungen errungen, wie sich ja überhaupt die Lagerleitung der Spitzerei und der Korruption von Gefangenen reichlich bedient hat.

Ein charakteristischer Fall ist die Einlieferung nach Oranienburg und das noch wahrhaftig Festhalten im Lager eines deutschnationalen Großbauern namens Wolff aus

der Uckermark. Dieser Mann, ein knorriger Konservativer, hat sich seine eigene Meinung trotz der Gleichschaltung seiner Standesgenossen bewahrt und hat damit auch nicht hinter dem Berge gehalten. Grund genug für seinen Landrat, ihn nach Oranienburg schaffen zu lassen, wobei der Mann außerdem dadurch beständig unter Druck gehalten wird, daß man ihn hat wissen lassen, man werde ihm seinen Grundbesitz enteignen und unter die SA aufteilen.

Grausame Ungewißheit

Eine der für uns wirklich politisch gewesene Gefangenen unerträglichste Tatsachen war die Beimischung von kriminellen Verbrechern und von Menschen, deren Zusammenhang mit der Politik wirklich so gering war, daß ihr Festhalten im Lager Oranienburg uns ganz unverständlich schien. Wäre die Belegschaft des Lagers nicht so entsetzlich zusammengewürfelt gewesen so hätte sich sicher manches leichter ertragen lassen, weil sich viel eher zwischen den Lagerinsassen eine aus dem gemeinsamen Schicksal geborene Kameradschaft herausgebildet hätte, als das so geschehen konnte. Menschen, die Jahre und Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung gestanden haben, können sich natürlich ganz anders aneinander anschließen, als das bei der Zusammensetzung der Gefangenen geschehen konnte, wie sie im Lager gegeben war und noch ist.

Es war aus der Perspektive des Lagers heraus nicht zu erkennen, nach welchem System (und ob überhaupt nach einem) die Verhaftungen vorgenommen wurden, noch weniger, wonach sich die Dauer der Schutzhaft und die Auswahl der Entlassungen bestimmte. Es ist natürlich möglich, daß sich bei allgemeiner Beobachtung der Vorgänge in ganz Deutschland ein solches System herausfinden läßt, aber im Lager selbst war dies ausgeschlossen, und ich erwähne das ausdrücklich, weil diese Ungewißheit auch im Verhalten der Gefangenen zueinander eine große Rolle gespielt und unser Dasein besonders erschwert hat. Jeder Mensch weiß, daß nichts so quälend ist wie Ungewißheit, und zumal für einen denkenden Menschen nichts so peinigend als die völlige Unmöglichkeit, sich auch nur annähernd ein Bild über den Verlauf des eigenen Schicksals, über die mutmaßliche Dauer der Schutzhaft machen zu können.

Schon daß die Schutzhaft ohne jede Befristung, auch ohne solche etwa bis zu einem neuen Haftprüfungstermin verhängt wird, läßt erkennen, daß der politische Schutzhaftgefange jenseit in Deutschland viel, viel schlechter daran ist als jeder zu einer bestimmten Freiheitsstrafe verurteilte Verbrecher, weil dieser die Dauer seiner Haft kennt und von ihrem ersten Tage an seine Hoffnung auf den Entlassungstag zu richten vermag. Angesichts der völligen Ungewißheit über die vermutliche Dauer unserer grauenvollen „Schutz“-haft im Konzentrationslager war es nur selbstverständlich, daß tagaus, tagein bis zur Selbstermüdung die endlosen Gespräche über Entlassung, Entlassung, Entlassung geführt wurden. So oft — und dies geschah bei der außerordentlichen Fluktuation im Lager fast täglich — Gefangene zur Entlassung aufgerufen wurden, begannen jedesmal dieselben Fragen: Wie lange war er im Lager? Was war er draußen? SPD? KPD? Was sonst? Was hatte er draußen für eine Funktion? Läuft noch ein Verfahren gegen ihn oder kommt er ganz frei? Wer hat ihn entlassen? Stammt er aus einer Stadt, war es der Bürgermeister? Der Landrat? Die Geheime Staatspolizei? Ist er ohne sein Zutun entlassen worden? Hat er ein Gesuch gemacht? War er verheiratet und hat seine Frau sich um seine Entlassung bemüht? Hat er Fürsprecher von nationalsozialistischer Seite gehabt?

Alle diese Fragen wurden gestellt; hatte man aber die Antworten darauf zusammen, so ging es erst richtig los. Dann begannen die trotz ihrer Aussichtslosigkeit immer, immer wiederholten Versuche, ein System der Entlassungen herauszufinden, allgemein gültige (das heißt: auf den eigenen Fall anwendbare!) Schlüsse aus den Entlassungen, aus ihren Umständen, aus der vorausgegangenen Haftdauer zu ziehen. Dieses Bemühen mußte vergeblich sein, weil irgend eine andere Quelle als die der verflösten Willkür nicht erkennbar war.

Im Lager Oranienburg, um nur Beispiele zu geben, saß lange vor mir eingeliefert, ein junger Kommunist, dem nichts anderes nachgesagt wurde, als daß er auf einem Kirchturn seines Heimatstädtchens eine Sowjetfahne gehißt habe; Anfang Dezember saß er schon acht Monate und hatte noch lange keine Hoffnung, entlassen zu werden. Im Gegensatz dazu sind sehr maßgebende ehemalige politische und parlamentarische Funktionäre der KPD, viel später als dieser Junge eingeliefert, längst entlassen worden, und ebensolche, sagen wir: Merkwürdigkeiten sind bei den aus der früheren SPD stammenden Gefangenen zu verzeichnen. Weiter: während bei dem Landrat des einen Kreises Gesuche der Gefangenen und besonders ihrer Frauen etwas zu nützen und offensichtlich die Entlassung zu beschleunigen vermochten, machten Gesuche auf den Landrat eines anderen Kreises gar keinen Eindruck. Während der eine Landrat und der eine Bürgermeister die meisten Gefangenen ohne Unterschied ihrer politischen Vergangenheit fast regelmäßig nach acht Wochen oder einem Vierteljahr entließen, hielten der andere Landrat und der andere Bürgermeister ihre Gefangenen, ebenfalls ohne Unterschied der früheren Parteizugehörigkeit, unabsehbar lange fest. Während der eine Landrat und der eine Bürgermeister ehemalige SPD-Leute rascher wieder entließen und frühere Kommunisten länger festhielten, machten es der andere Landrat und der andere Bürgermeister umgekehrt, sie entließen die Kommunisten nach kürzerer Haftzeit und behielten die Sozialdemokraten dafür länger in Haft. Während der eine Landrat und der eine Bürgermeister diejenigen Gefangenen schlechter behandelten, die an Waffengeschichten und tätlichen Zusammenstößen mit Nazis beteiligt gewesen waren, und die Gefangenen nach geringerer Haftzeit entließen, die sich nur politisch-parlamentarisch, mit Wort und Schrift, betätigt hatten, machten es auch in diesem Punkte der andere Landrat und der andere Bürgermeister umgekehrt: wer mal Zusammenstöße mit Nazis gehabt hatte, wurde früher entlassen; was gewesen war, war gewesen; aber

die gefährlichen Kerle, die mit geistiger Ueberlegenheit gekämpft und den Nazis manche böse Blamage vor der ehemals in Deutschland vorhanden gewesen öffentlichen Meinung beigebracht hatten, wurden um so länger festgehalten.

Die Gehetzten

Ich habe jetzt in wenige Sätze zusammengedrängt, was der Inhalt unserer Gespräche in tausenden von immer wiederholten Fällen war. Kann ein gefangener — noch dazu in solch einem Konzentrationslager gefangener! — Mensch sich in seinen Gedanken mit etwas anderem beschäftigen als mit seiner Freilassung, wenn er keine Ahnung hat, wann und wodurch seine Gefangenschaft das ersehnte Ende findet? Es war nur natürlich, daß alle Gefangenen, je nach ihrem Bildungsgrad auf verschiedener Grundlage, sich unaufhörlich mit der Frage ihrer Entlassung beschäftigten, denn die Entlassung bedeutete nicht nur die Rückkehr ins bürgerliche Leben, zu Frau und Kindern, sondern sie bedeutete angesichts der Behandlung in Oranienburg die Rückkehr zum Menschen schlechthin, sie bedeutete das Ende widerwärtiger Mißhandlungen, das Ende beständiger Lebensgefahr, die Erlösung von einem unaufhörlichen Geheißsein.

Ein Gefangener in einem Gefängnis hat selbst unter verschlechtestem Strafvollzug einen Rechtsboden unter den Füßen. Die Menschen, die sein Leben regeln, sind Beamte, an Vorschriften von allgemeiner Gültigkeit gebunden. Gegen deren Verletzung steht dem Gefangenen ein Beschwerderecht zu, und er weiß genau, daß ihn nichts an disziplinarer Verschärfung seiner Haft trifft, wenn er sich nichts zuschulden kommen läßt. Die Verhaftung eines Menschen war außerdem, solange Deutschland noch ein Rechtsstaat war, an die Voraussetzung gebunden, daß ausreichender Verdacht einer strafbaren Handlung vorliege; es fand Vorführung vor dem Untersuchungsrichter statt, es fanden Haftprüfungstermine statt, es stand dem Gefangenen die Hilfe eines Anwalts zur Seite.

Alles das entbehrt der politische Schutzhaftgefange. Er ist in jeder Hinsicht, im verwegensten Sinne des Wortes der schrankenlosesten Willkür ausgeliefert. Willkürlich ist, wen die Verhängung der Schutzhaft trifft. Willkürlich ist ihr Beginn und ihr Ende. Willkürlich ist, wohin der Schutzhaftgefange gebracht wird. Willkürlich ist die ganze Behandlung; keine Gefängnisordnung, keine allgemeingültige Vorschrift zieht dem Verhalten der Konzentrationslager-Gewaltigen irgendwelche noch so weite Grenze — schußlos ist der „Schutzhaft“-Gefangene (welche blutige Ironie der Bezeichnung!) jeder moralischen und körperlichen Mißhandlung preisgegeben. Es ist ein Zustand von unheimlicher Rechtslosigkeit, daß ein Mensch, der da hineingerät, jeden Halt, jedes Ziel seiner Gedanken, jede Möglichkeit einer Zukunftsvorstellung verliert — der Zustand allein schon ist Qual. Wieviel mehr Qual ist, was ihm auf Grund dieser Rechtslosigkeit die Willkür dann zufügt!

Kommunisten im Lager

Die schon durch ihre Aussichtslosigkeit quälenden und ermüdenden Entlassungsgespräche wurden nun noch vergiftet durch den im Lager fortbestehenden Gegensatz zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und ehemaligen Kommunisten. Bis auf wenige menschlich sehr anständige Ausnahmen hielten die Kommunisten im allgemeinen hartnäckig an der Meinung fest, ihre Partei würde von den Nationalsozialisten als die dem Faschismus gefährlichere Gegnerin betrachtet, sie würden daher viel länger im Lager festgehalten, als die Sozialdemokraten. Obwohl einer solchen Behauptung anders geartete Tatsachen in offenkundiger Fülle entgegenstanden, blieben die Kommunisten bei ihrem eigensinnigen Verhalten, das selbstverständlich das Entstehen jeder durch das gemeinsame Schicksal so naheliegenden Kameradschaft verhinderte.

Als ich am 14. Juni mit 39 anhaltischen Kommunisten, also politischen Gegnern aus meinem Wahlkreis und meinem engeren Arbeitsgebiet, zusammen im Transportwagen saß, hatte ich mir vorgenommen, angesichts der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit durch den jeder Art von Arbeiterbewegung feindlichen Faschismus alle früheren Gegensätze schweigen zu lassen und hatte den festen Vorsatz gefaßt, es an meinen Teile an nichts fehlen zu lassen, wodurch eine Kameradschaft, die gemeinsames Schicksal gemeinsam zu tragen erleichtert, hätte geschaffen werden können. Ich habe diesen Vorsatz, das werden einmal zahlreiche Zeugen bestätigen können, durch die Tat befolgt, bis jedes Bemühen um kameradschaftliche Beziehungen an dem Verhalten der Kommunisten scheiterte. Für jeden, der sich der deutschen Arbeiterbewegung mit Leib und Seele verschrieben hat, wird es wohl die allerschmerzlichste Erfahrung bleiben, daß sich nicht einmal in einem Konzentrationslager, angesichts gemeinsam erlittener Qualen, allen gemeinsam zugefügt durch den gemeinsamen politischen Gegner, ein Mindestmaß von Kameradschaft herstellen ließ. Von dieser Feststellung darf ich eine Anzahl vernünftig denkender und menschlich empfindender Kommunisten ausnehmen, aber leider eben nur als eine Ausnahme, die eine sehr, sehr böse Regel bestätigt. Einige Beispiele mögen die vergiftende Wirkung dieses Verhältnisses anschaulich machen.

Exempel

Eines Abends beim Appell trat der Sturmbannführer Krüger vor die Front der Gefangenen und verkündete, daß am nächsten Tag der „vollgefessene sozialdemokratische Bonse Fritz Ebert“ eingeliefert werde, dieses marxistische Vieh, der zu den Novemberverbrechern gehöre, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben, na und diesem Schwein werde es die SA, schon besorgen.

Was geschah nach dieser Rede mit der verheißungsvollen Ankündigung am Schluß?

Da ertönten aus den Reihen der kommunistischen Gefangenen laute Bravo-Rufe! Die betreffenden Kommunisten, selbst die Opfer des vor der Front stehenden Chefsadisten der SA, scheuten sich

Ein Dokument

Ein Anonymus schreibt an Max Braun

Die „Volksstimme“ veröffentlicht diesen anonymen, an Max Braun gerichteten Brief:
 Saarbrücken am Tage der nationalen Revolution.
 An den Landesvertreter
 und Separatisten
 Max Braun.

Wenn es Dir auch heute noch möglich ist, das deutsche Saarvolk zu verraten und in Genuß Deine Verbrecherpläne zu propagieren, so sind Deine Tage schon gezählt. Leider kannst Du noch unter der fremden Hottentotten-Regierung an der Saar Deinen Volksverrat betreiben. Nicht lange mehr leben wir Dir, gemeiner Schuft und Lump, totlos zu. Deine Kugeln schon geschossen und wird Dich auch bald erreichen. Bis 1933 ist uns zu lange und Dein Verrat zu groß. Wenn der Völkerverbund und seine Vertreter in der Regierung noch mal nach Genuß gehen, bist Du schon den gleichen Weg wie Dein Verbrechervorbild und Separatistenschwein Heinz-Drbis vor 10 Jahren gegangen. Verschwinde am besten sofort nach dem Westen und hole Deine Verbrechertumpane Anor und Heimburger mit. Wir brauchen Euch landfremdes Gesindel nicht in unserer Saarheimat. Du Judenstummel wirst gefilzt.

Max Braun verrecke!!! Saardeutscher erwache!!!

Heil Hitler!!

Die „Volksstimme“ bemerkt dazu:

In der jüngsten Zeit hat ein Teil der gleichgeschalteten Saarpresse ausführliche Verdarstellungen von der Erfindung und „Klärung“ dieses Wälfers gebracht. In dem obigen Dokument erfährt man auf welchem fruchtbaren Boden solche gewollten und absichtlichen Hinweise der Saarpresse führen. Nachher aber, wenn ihre Hebe den gewollten Zweck erreicht hat, werden sich die intellektuellen Urheber wiederum die Hände in Unschuld waschen und wie beim letzten Attentatsversuch auf Max Braun und das A.W.-Haus erklären, daß es sich um „unverantwortliche Einzel-Gemüthe“ handelt, die man der Gesamtbewegung nicht zur Last legen dürfe. So haben sie es 14 Jahre lang gemacht und so machen sie es auch im Saar-Abstimmungskampf.

30. Januar an der Saar

Eine Zweckdemonstration mit reichen Mitteln

In Saarbrücken sah man am 30. Januar sehr viel Fahnen. Durch die Straßen führen Filmautos, die unaufhörlich die sichtbar begeisterte Menge für Hitler kurbelten... Ueber die Hintergründe der Besetzung schreibt die „Volksstimme“ unter anderem:

War es schon auffällig, da sich diese Begeisterung fast ausschließlich auf Saarbrücken konzentrierte, so ist es und inzwischen außerdem gelungen, hinter die „Geheimnisse“ dieser Bestellungen und bezahlten Arbeit, die als großer Saar-Win für Genuß und das Auslands bestimmt war, zu leuchten und folgendes zur einwandfreien Feststellung zu bringen:

Die angebliche Hitlerbegeisterung am 30. Januar in Saarbrücken war lediglich eine von der nationalsozialistischen Partei bzw. der sogenannten „deutschen Front“ aus den Geldmitteln bezahlte und mit ihren eigenen Kräften zum großen Teil gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführte reine Zweckdemonstration.

Die Blockwörter der Nationalsozialistischen Partei beförderten in jede Wohnung bzw. in die Briefkästen der Wohnungen eine schriftliche Aufforderung an die Wohnungsinhaber die in ganz unmissverständlicher Dillamierung und Rechtsandrohung von ihnen als Deutsche das Plaggen zum 30. Januar verlangte. Aber das genügte bei weitem nicht, um auch nur den allerbedeutendsten Effekt zu erzielen. Deshalb wurden einzelne Trupps der SA. und SS. in die Häuser geschickt, um durch persönliche Rücksprache mit entsprechendem „sanftem“ Rohdruck zu erreichen, was dem Schriftverkehr allein nicht gelungen wäre. Als auch das den gewünschten Effekt noch nicht erzielte, landete man Kolonnen aus, die mit Fahnen und Girlanden ganze Häuser-

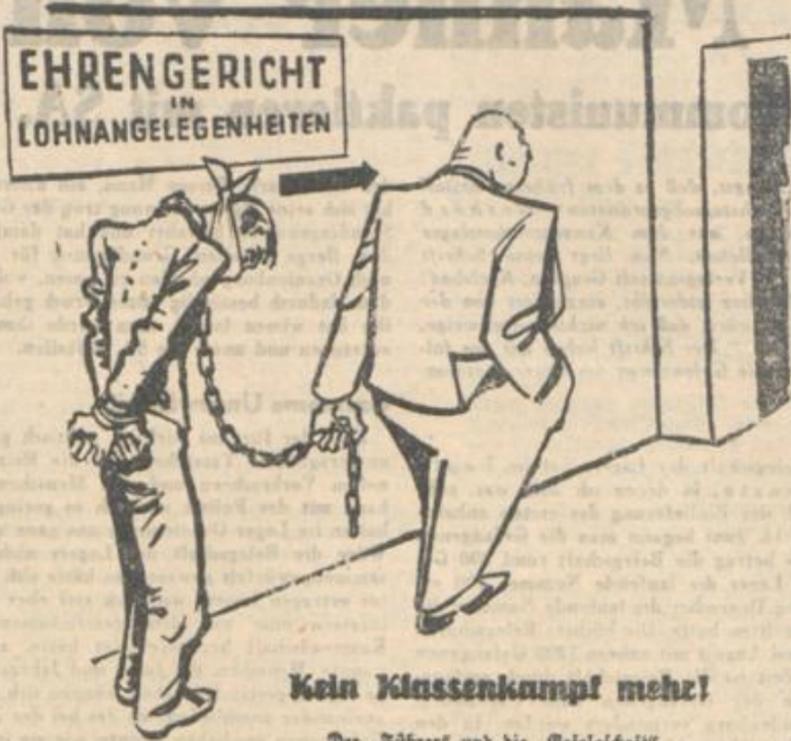
nicht, dem Mörder ihrer eigenen Parteifreunde Beifall zu zollen, als dieser Nationalsozialist gegen einen Sozialdemokraten vorzugehen versprach!

Ein zweites, gerade die alltägliche Atmosphäre dieses Verhältnisses im Lager kennzeichnende Beispiel:

Als sich der sozialdemokratische Führer Ernst Heilmann von dem Empfang und den ersten Mißhandlungen im Lager Oranienburg etwas erholt hatte, begann er mit verschiedenen Gefangenen, Sozialdemokraten wie Kommunisten, Schach zu spielen. Seine außerordentliche Beherrschung des Schachspiels führte eines Abends zur Veranstaltung eines Simultanspiels, bei dem Heilmann gleichzeitig gegen acht Gegner, und zwar wiederum sowohl Sozialdemokraten wie Kommunisten, spielte. Das Spiel fand auf dem hinteren Hof des Lagers auf langgestreckten Brettern statt, die einen Teil der Hindernisse überdeckten, ein Platz, auf dem im Sommer während der knappen Freizeit des Abends hin und wieder Gefangene saßen und spielten oder sich ausruhten. Nachdem dieser Platz aber zu einer solchen Veranstaltung geeignet hatte, wurde seine fernere Benutzung von der Lagerleitung schleunigst dadurch unmöglich gemacht, daß über die ganze Bretterfläche Stacheldraht genagelt wurde. Infolgedessen sollte, an einem darauffolgenden Sonntage, eine neue Simultan-Schachpartie mit Heilmann im Tagesaufenthaltsraum des Lagers stattfinden, wobei uns daran interessierten Schachspielern schon das Bedenken gekommen war, ob nicht überhaupt die Lagerleitung eine derartige, für viele Gefangene eine willkommene Abwechslung bedeutende Veranstaltung verbieten werde.

Sie wurde auch unmöglich gemacht, aber nicht auf Veranlassung der nationalsozialistischen Lagerleitung, sondern auf Veranlassung eines Kommunisten! Der Tagesaufenthaltsraum im Lager Oranienburg wird von einem Gefangenekommando in Ordnung gehalten, dessen Zugführer der Kommunist Jeremias aus Zerbst ist. Dieser Kommunist ging, als er von dem beabsichtigten Spiel erfuhr, zum SA-Truppführer vom Dienst und erinnerte diesen daran, daß doch einmal den Angehörigen der Judenkompanie das Betreten des gemeinsamen Tagesraumes verboten gewesen sei. Der betreffende gerade diensttuende Truppführer der SA. hätte von sich aus das Spiel wahrscheinlich nicht ver-

Arbeitsrecht im „dritten Reich“



reihen Wohnung für Wohnung besuchten und sich anboten, so ist es die Fenster zu schmücken.

Aber damit nicht genug, lieferte die RDA, auch die von ihr vorbestellten und in Massen angefertigten Spruchschilde, außerdem große Spruchbänder, die an den Häuserfronten angebracht wurden. Und außerdem wurden an arme Wohnungsinhaber Quittungen zu 5 Franken auszugeben, falls sie eine ihnen gelieferte Flagge auszustechen bereit waren. Auch da nennen wir vorläufig keine Namen, um die Leute nicht unnötigen Verfolgungen auszuliefern.

Den Geschäftslenten wurde ganz unverblümt mit Terror und Boykott gedroht, falls sie nicht klagen sollten und es wurden ostentativ durch die Straßen Kolonnen von Nationalsozialisten geschickt, die alle Häuser und Wohnungen zu kontrollieren hatten, die nicht oder noch nicht geflaggt hatten. Außerdem aber legte man Fotografen und Filmoperatoren in Bewegung, einerseits, um den Nichtklagern Furcht einzujäten, in der Hauptache aber, um den selbst gefestigten und selbst bezahlten Aufwand zu kurbeln und ihn als Unterlage vor allem im Auslande und in Genuß verwenden zu können.

Viele kleine Leute wurden mit der Denunziation beim Arbeitgeber bedroht, und was so der Belastungen und Zwangsmahnahmen mehr waren. Schlecht brachte die Hitlerjugend da, wo alles nichts half, selbst an den Häuserfronten Quirlanden und solche quer über die Straße an. Und so hatte man denn mit Aufwand von viel Geld, geliefertem Material und Arbeitskräften und dem notwendigen Terror und Druck wenigstens für Saarbrücken das erreicht, was man wollte: das Bild einer angeblichen Hitlerbegeisterung und eines angeblichen Rückkehrwillens zu Hitler!

Der Antifreuelbrief

An letzter Zeit erhalten viele Saarländer Nagelagitationsbriefe, die vielfach im gleichen Wortlaut abgefaßt und zum Teil — unterfrankt — sind.

Mein Freund lebt in Deutschland. Er hat sich als braver Volksgenosse den „Hitler-Muster-Briefsteller fürs Volk“ ge-

kauft. Leider hat er die Gebrauchsanweisung nicht gelesen. So konnte es passieren, daß ich folgenden Musterbrief erhielt:

Lieber Freund!

Mit der linken Hand zum Revolver, zum Herzen, zum Messer und der rechten zum Falchitengraß, zur Fäulfeder, zu Deinem Rinde greifend, will ich die günstige Gelegenheit, die letzte Notverordnung die gefeierte Fleischfabrik dazu benützen, Dich über unseren guten Führer, Mein Konsum, Gesundheitszustand, Geschäftsgang näher zu informieren.

Er ist der beste, größte, höchste, günstigste, härteste, den wir bisher zu verzeichnen, umzusetzen, besitzen, bemerken hatten. Es geht mir gut, besser, am besten von allen Ausländern, erwählten, geäußerten, und jeder lobt die Güte unseres Bezirks-, Landes-, Eintragsgerichtes.

Veilmann, Schulae, Meier, Müller ist auf einige Monate nach Nizza, London, Tachau zur Erholung, ziehung, -rückführung gefahren, -reich, -bracht worden. Er kommt morgen, bald, nicht mehr zurück. Es geht ihm herrlich! Es kann Dir leid tun, nicht auch bei ihm, mit dem Führer, zu sein, hier geht es Gine m besser als dem andern, allen andern. Mit einem Wort: alles, was man bei Euch über uns spricht, schreibt, sagt, hört, liest, weiß, ist Lüge.

Heil Hitler!

Dein, hier ist der richtige Name einzusetzen.

N.S.: Entschuldige, daß ich den Brief unfrankiert sende, aber ich bin arbeitslos und ausgepeinert. Antworten kannst Du mir nicht, weil ich derzeit obdachlos bin.

H. G.

Verräter Papen

Wie die Katholiken rufen — außerhalb Deutschlands

Das in Luzern erscheinende christlich-konservative „Vaterland“ (Nr. 23) schreibt im Leitartikel:

Es ist wahrlich kein Vergnügen, immer und immer wieder ins braune Deutschland hineinzupapieren, wo jetzt ein Geist herrscht, mit dem wir Schweizer und nie befreundet werden. Aber wir hören Stimmen, die uns rufen. Ohne daß sie durchs amtlich beherrschte Radio zu uns reden, ohne daß sie uns eingeschriebene oder einfach frankierte Briefe senden, die vor dem Einbrochenwerden nicht sicher sind. Es ist ein stumm, aber umso eindringlicheres Rufen. „Reden für uns, wir sind geschlagen und gefangen.“ Es ist ein Rufen, der jedes freie, zur Empörung gegen dumpe und brutale Macht vom Herrgott in die Welt geschickte Herz erschüttert und zu lebendiger Neuerung zwingt. Es folgt eine lange, lange Darstellung literarischer und juristischer Ausfälle gegen den Katholizismus und dann wird dem Herrn Bischof Franz von Papen gesagt:

Das ist nichts anderes als blindwütiger Staatsoberalismus, der losgerissen logar bezaubert will, was gegen die katholische Glaubens- und Sittenlehre verstößt und was nicht. Das sind offenbar die „kleinen Schattenspiele“, von denen Herr Bischof Franz von Papen vor 14 Tagen in seiner Ansprache an katholische Akademiker geredet hat, in einer Ansprache, die die Wahrheit direkt auf den Kopf stellte, indem er behauptete, das ganze katholische Deutschland liege einmütig hinter Adolf Hitler und seinem Werk. Eine so krasse Falschungsverdrehung bringt nur dieser Totengräber des alten katholischen Deutschlands zustande, dieser bedenkliche Illusionist und Streber, dem die wirkliche Sachlage, die Niederlage seiner Politik und ihre Folgen den Schlaf rauben und die Rede ermaßen sollten. Jetzt herrscht in Deutschland die Unterdrückung der Kirche, und Leute wie Schumann, der große Philosoph und Kultusminister, hoffen, sie in dieser Bedrängung so denaturalisieren zu können, daß sie reif wird für den Einheitsbrei „deutsche Rasse, deutsche Seele, deutsches Volk und deutscher Gott“. Man nimmt heftig im Kochbuch, und die Köchin nimmt ankommen, was sie an Material in ihren Schränken findet und macht daraus mit fundierter Hand einen recht schmackhaften Ragout. Warum soll auf geistigem Gebiet den nationalsozialistischen Küchenchefs das gleiche Experiment nicht auch gelingen? Der Mann, der das Buch „Mein Kampf“ geschrieben, und diejenigen, die sich an solcher Geisteskost ergehen, sehen aus einem ganz bestimmten Grunde die Schwierigkeiten nicht. Sie sind bei aller Härtekraft viel zu simplistisch veranlagt, um Demutinoen zu empfinden. Aber gerade darum war es für die geistige Macht der katholischen Kirche vielleicht noch leichter, mit Märsch sich auszuzeichnen, als mit der braunen Unachtsamkeit. Darin liegt die Gefahr begründet, die jetzt und in der nächsten Zukunft den deutschen Katholizismus bedroht.

Man kann sich gut vorstellen, mit welcher Begeisterung die Katholiken des Saargebietes in das Hitler-Deutschland mit seinen rohen Katholikenverfolgungen zurück-treten.

Die Stadt der Eisernen Ferse

Und Herr Beifuß aus der deutschen Volksgemeinschaft

Der nachfolgende Aufsatz ist die Fortsetzung des erschienenen Aufsatzes „Leuna im Dritten Reich“.

Die Häuser der Fabrikstadt Leuna haben sich um das Werk gelagert, als wäre es eine Festung und als suchten sie Schutz in seinem Schatten. Hier wohnen sechstausend bevorzugte Leunaarbeiter mit ihren Familien. Sie sind bevorzugt, denn sie verdienen etwas mehr als die andern und wohnen auch ein wenig bequemer, aber es sieht nur so aus, als hätten sie sich in den Schutz des Werkes begeben, im Gegenteil, das Werk schützt sich vor ihnen!

Bevorzugte Arbeiter

Denn die bevorzugten Arbeiter wissen um vielerlei Geheimnisse des Werkes, von denen auch nur die geringsten zu enthüllen als Verrat gilt. Ein nativer Menschenfreund, der die Herstellung einer wichtigen Arznei der Allgemeinheit zugänglich machen würde, wäre nicht nur in den Augen der Werkleitung, sondern auch vor dem Gesetz ein Verbrecher. Wie aber muß man erst über Giftgase schweigen können!

„Können wir nicht stolz sein auf diese Stadt, die wir aus dem Nichts geschaffen haben?“ fragt der Propagandamann des Leunawerkes und zeigt auf die endlosen Reihen der gleichförmigen, langweiligen Häuser, die aber ordentlich und sauber wirken. Die Luft ist schwer und drückend, doch sie verrät nichts von der Besonderheit der umgrenzenden Heckenküche.

„Unsere Arbeiter zahlen niedrige Miete, sie erhalten verbilligt Heizmaterial und Licht — und erhalten dementsprechend niedrigeren Lohn, was natürlich der Propagandamann nicht verrät.“

Und wie wird man überhaupt bevorzugter Arbeiter in Leuna? Man muß durch jahrelange Ergebenheit beweisen, daß man jede revolutionäre Tätigkeit der Arbeiter verurteilt, daß man an den ewigen Gesetzen, die die Menschheit in Reiche und Arme, in Herren und Knechte teilt, nicht rütteln will. Es ist sehr gut, wenn man ein nationalsozialistisches Parteibuch besitzt mit einer möglichst niedrigen Nummer, wenn man sich an allen SA-Märschen beteiligt und besonderen Eifer bei der Organisation des Luftschutzbundes zeigt. So wird man des Vertrauens würdig und kann ein Leben führen wie Herr Beifuß, dessen Wohnung wir besichtigen.

Herr Beifuß und Herr Bosch

Der Propagandamann nennt ihn ausdrücklich „Herr“ Beifuß. Er erklärt auch, daß diese umwälzende Neuerung der nationalen Revolution zu verdanken sei: „Wir machen nicht mehr den Unterschied zwischen den verdienten Angestellten und Arbeitern, sie sind gleichmächtigen Herren.“ Bosch, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, oder Karl Duisberg, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, sind natürlich auch nur simple Herren. So hat man den Kapitalismus endgültig abgeschafft. Aber sagte ich nicht vorher, daß die bevorzugten Leunaarbeiter an die von Gott gewollte Ungleichheit der Menschen glauben müssen? Widerspricht das nicht dieser sichbaren Gleichheit? Nein, denn Herr Bosch und Herr Beifuß leben in derselben Volks- und Werksgemeinschaft, während die Marxisten und ähnliche Untermenschen sich außerhalb dieser Gemeinschaft gestellt haben und somit auch keine „Herren“ sind.

Die Wohnung des Herrn Beifuß besteht aus zwei Zimmern und Küche. Er hat drei Kinder, außerdem wohnt seine Mutter bei ihm. Es ist müßig in Herrn Beifuß' Wohnung „Gestern hatten wir den ganzen Tag den Wind in unserer Richtung. Man kann dann den Gasgeruch gar nicht aus den Zimmern kriegen.“ Die alte Frau sagt das, wird dann aber verlegen. Vielleicht hätte sie gar nicht sprechen sollen.

Herr Bosch wohnt in Leuna natürlich etwas anders als Herr Beifuß. Herr Bosch ist ein sehr kunstverständiger Herr, der eine leidenschaftliche Liebe für die jarten und absonderlichen Pflanzen der japanischen Gartenkunst hegt und für die unschätzbaren Kunstwerke Ostasiens. Sicher hat auch Herr Duisberg einen bedeu-

tend besseren Geschmack als Herr Beifuß. Bei ihm hängt kein Hitler-Bild an der Wand wie bei Herrn Beifuß, sondern ein Rembrandt, ein klassischer Italiener, ein alter deutscher Meister.

„Ist nicht gerade das so rührend, ein symbolisches Zeichen der Volksgemeinschaft, daß hier, bei dem einfachen Arbeiter, das Bild des Volkskämpfers als Wandschmuck dient?“ meint der Propagandamann.

Man könnte natürlich auch skeptisch sein. Man könnte auch der Meinung sein, daß Herr Beifuß, der weiß, daß er sonst mit seiner Familie auf die Straße gesetzt wird, einfach als zuverlässig gelten will. Die sechstausend Wohnungen der Leunaarbeiter werden ja Tag und Nacht inspiziert. Der Luftschutz dient als bester Vorwand oder gar nicht als Vorwand. Im Ernstfall wäre ja Leuna der größten Gefahr ausgesetzt. Da muß man genau jeden Winkel, die Keller und Böden jedes einzelnen Arbeiterhauses kennen. Wie könnte es da Geheimnisse geben vor der Werkleitung? Man weiß auch, daß diese sich sogar für die Bekannten und Verwandten der Arbeiter interessiert, daß ihre Aussprüche, ja daß vielleicht sogar ihre Gedanken bekannt würden. Man kann nicht genug vorsichtig sein — denken alle Beifuß.

Wie lebt Herr Beifuß?

Und wie lebt Herr Beifuß und seine Familie? Er kann sich in seiner Freizeit den Film „Flüssige Kraft“ der Leunageellschaft unentgeltlich ansehen oder gegen Eintrittspreis den „SA-Mann Brand“ oder den „Hitler-Jungen Quez“. Zu den Veranstaltungen der SA, der Deutschen Christen, zu den Wahlen und den befohlenen Aufmärschen tritt er gemeinsam mit seiner Gruppe auf. Früher, da hatte er die Möglichkeit eines gewissen Eigenlebens, indem er bei einem Glas Bier im Gasthaus „Zum schönen Ausblick“ saß.

Aber in diesem Jahre schrumpfte sein Einkommen immer mehr zusammen. Er muß seiner Frau recht geben, die klagend erklärt, man wisse gar nicht mehr, wie viel er überhaupt erhält, er bittet sie nur, etwas leiser zu schimpfen.

An der Tür der Beifuß' sind sein säuberlich runde Plakate mit der Aufschrift „Wir helfen“ angeklebt. Dafür wird ihm jede Woche ein Betrag abgezogen. Er liefert außerdem seine Beiträge für den Luftschutzbund, für die Opfer der Arbeit, für die Deutschen Christen, er hat Arbeitsbeschaffungslos gekauft und Abzeichen zu Hitlers Geburtstag, zum 1. Mai, zum Erntedankfest, er hat sich die „Christrose“ an seinen abgeschabten Anzug geheftet. Einen neuen wird er sich wohl lange nicht leisten können, er wird sich einen Feiertagsanzug der Deutschen Arbeitsfront kaufen müssen aus dem Stoff vierter Qualität, obgleich er weiß, daß er ein Tredt sein wird. Herr Bosch wird sich einen erster Qualität nach Maß machen lassen, im Zeichen der Volksgemeinschaft. Für einen Wintermantel, für Schuhe für die Kinder, für Anschaffungen für die Frau wird es nie reichen, er muß Marschstiefel kaufen.

Er weiß kaum noch, wie Butter schmeckt, Weibrot, Fleisch, er kann den Kindern keine Milch geben und kein Obst, obgleich sie blutarm sind, und der Arzt es ihm empfohlen hat, und dieser Arzt auch weiß, daß er der deutschen Landwirtschaft solchermassen helfen müßte. Daß man bei Beifuß keinen Kaffee oder Tee trinken kann, ist dagegen vom volkswirtschaftlichen Standpunkt erfreulich. Das hilft die Einfuhr niedrig halten.

Bücher liest er nicht, nicht einmal Zeitungen. Früher, da schimpfte die nationalsozialistische Presse und man konnte damit einverstanden sein, heute verkündet sie, daß das goldene Zeitalter angebrochen sei. Herr Beifuß aber bemerkt noch nichts davon.

Auch die Arbeitszeit wird immer stärker verkürzt. Erst wurden alle revolutionären Arbeiter abgebaut, dann wurden die Löhne immer mehr herabgesetzt, zuletzt wurde ganz allgemein die Fünftagewoche eingeführt und man rechnet noch mit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit. Auf diese Weise haben die J.G.-Farben eine große

soziale Tat vollbracht, erklärt die Direktion, denn es gelang, den Abbau von 34.000 Arbeitern zu verhindern. Sie vermeint allerdings nicht bei der Frage, wie sie trotz dem fast ebensoviel produzieren wie früher.

Aber zwei Tage freie Zeit und kein Geld in der Tasche, das könnte Herrn Beifuß auf selbständige Gedanken bringen. Das muß verhindert werden. Die J.G.-Farben haben einen großen Plan. Der sechste Tag soll dem Staat gehören. Herr Beifuß wird den ganzen Tag exerzieren, er wird Geländesport üben und eine militärische Vorbildung erhalten. Der siebente Tag aber gehört teils der Familie, teils der SA und dem „deutsch-christlichen“ Gott.

So leben die bevorzugten Leunaarbeiter. Die anderen, die weniger in die Geheimnisse der Hexenküche eingeweiht und somit ungefährlicher sind, wohnen nicht in der Fabrikstadt selbst. Sie zahlen höhere Mieten und erhalten weniger Vergünstigungen, aber die eiserne Ferse spüren sie genau wie die Bevorzugten.

Was aber geschieht mit jenen, die arbeitslos sind, mit den vielen, die wegen ihrer revolutionären Haltung entlassen wurden?

Merseburg

Der offizielle Name Leunas ist: Ammoniakwerke AG, Merseburg. Merseburg ist eine kleine Stadt, die so eng mit Leuna zusammenhängt, daß man ihre Grenzen gar nicht wahrnehmen kann. Auf den ersten Blick wirkt sie wie die traditionelle deutsche Kleinstadt. Enge Gassen klüffeln zu der alten Kathedrale. Aber bald verwandelt sich ihr Gesicht. Ein Polizeigebäude von imponierendem Aussehen verleiht ihr etwas Großstädtisches. Schon breiten sich freie Felder um die Stadt, aber böse Wahrzeichen der Großstadt machen sich unheimlich breit in der kleinen Stadt. Ein großes Obdachloshaus: eine Kaserne, in der das Elend militärisch gedrillt wird. Jeder, der hierherkommt, weil er einmal eine Nacht ausgestreckt in einem Bett schlafen möchte, wird als ein Gezeichnet betrachtet, als ein Strolch, der nationalsozialistisch belehrt und auf den guten Weg geführt werden soll. Er muß erfahren, daß es süß ist, sein Leben für sein Vaterland zu opfern, und daß außerdem der Krieg, der Vater aller Dinge, ihm möglicherweise Arbeit verschaffen könnte. Merkt man, daß er nicht leicht belehrbar ist, kommt er unweit in das Arbeitsdienstlager der SA, wo er noch nachdrücklicher auf seine staatsbürgerlichen Pflichten aufmerksam gemacht wird.

Es gibt auch eine Wärmehalle in Merseburg. Die Luft in dem ungelüfteten Raum ist unerträglich abgestanden. Man öffnet die Fenster nicht: die Wärme, die man schenkt, soll nicht zu kostspielig werden. Die Wände sind mit Plakaten behangen, die die Tat des nationalsozialistischen Regimes feiern. Man sieht die „Besteiler Deutschlands“, den „Gefreiten und den Generalfeldmarschall“. Auch hier herrscht das „Führerprinzip“. Den Befehlen der Aufsichtspersonen ist strengstens Folge zu leisten. Man muß auch hier vorsichtig sein wie überall. Spitzel sitzen da, die auf jedes Gespräch achten. Es geschah schon, daß jemand direkt aus der Wärmehalle ins Konzentrationslager kam.

Zwischendurch plätschert überall in Leuna, in Merseburg, pausenlos das Radio. In den Häusern der Fabrikstadt, während die Männer in den Heckenküchen arbeiten und wenn sie nach Hause kommen, im Obdachloshaus und in der Wärmehalle. Man stellt nie ab. Es könnte geschehen, daß gerade eine wichtige Regierungsrede gesendet wird, wenn man das tut. Dann käme man ins Konzentrationslager. Lüge tröpfelt den ganzen Tag in die Ohren.

Außerlich scheint ihr Sieg vollkommen. Aber unter der Oberfläche, der die eiserne Ferse ihre Maske aufgedrückt hat, sieht es anders aus. Trotz allem Terror, trotz aller Polizeimaßnahmen tauchen immer wieder Flugzettel und illegale Zeitungen auf, erscheinen wie drohende Menetekel Aufschriften an Häuserwänden. Am 12. November gehörte Leuna-Merseburg zu jenen Bezirken, die die meisten Reinstitimmen aufwiesen.

Furcht vor Dimitroff

Das schlechte Gewissen der Reichsregierung

London, 1. Febr. (Anpich.) Die bekannte englische Schriftstellerin Williams Ellis, ist toben aus Deutschland zurückgekehrt, wo sie sich in einer Reihe von Besprechungen für die Freilassung Dimitroffs, Popoffs und Tanells einsetzte. Unmittelbar vor ihrer Abreise aus Berlin sprach sie noch mit einem hohen Beamten des Reichsinnenministeriums, Erbe, der ihr erklärte, daß die deutsche Regierung es als ihre Pflicht betrachte, die drei Bularen in Haft zu behalten. Als Grund gab Erbe an, daß die Freigelassenen in jedem Land, das sie betreten würden, eine kommunistische Kollaboration hervorriefen würden. Williams Ellis erwiderte, daß diese Veränderung für die Sowjetunion nicht stichhaltig sei, aber Erbe rief: „Grade nach Ausland wollen wir sie nicht geben lassen!“

Die englische Schriftstellerin erfuhr dann noch von der Mutter Dimitroffs, daß die drei Einakerlerten sämtlich an Grippe erkrankt seien. Das Gesicht Dimitroffs, mit einem ausländischen Korrespondenten zu sprechen, wurde abgeschlagen. Die Mutter und Schwester können Dimitroff neuerdings nur noch einmal wöchentlich besuchen.

Zu wahr, um deutsch zu sein

Wenige Tage nach dem Leipziger Urteil klopfte es an Dimitroffs Zelle. Dimitroff rief auf höchste verwundert: „Derein!“ Die Tür wurde geöffnet — und herein trat, schlücht als Privatmann gekleidet, Herr Göring.

„Guten Morgen, Herr Dimitroff,“ sagte Göring, „ich erfülle heute meine Pflicht als Ehrenmann Ihnen mein Bedauern über die Verleumdungen auszusprechen, die ich in der Erregung der Zeugenansage gegen Sie ausgesprochen habe. Ich ließ mich leider hinreißen, Sie einen Gauner zu nennen. Das Urteil des Reichsgerichts hat mich dahin belehrt, daß ich mit meiner Bemerkung sachlich im Unrecht war.“

„Höre ich richtig?“ fragte Dimitroff und rief sich die Augen. „Göring, was reden Sie bloß für einen nichtigsten geschalteten Eitel!“

„Ja, ich bin trotzdem,“ gab Göring zur Antwort, „ich weiß, was sich gehört, wenn man ein Ehrenmann sein will und kein Ehrabwärtiger.“

„Ich kaune,“ sprach Dimitroff und richtete sich auf, so daß er senkrecht auf seiner Verstecke saß. „Aber lassen Sie sich belehren,“ fuhr er fort, „daß Sie auch im Falle eines anderen Urteils niemals, noch dazu als Zeuge, durch die Angst, die Sie den deutschen Richtern einjagen, durch einen Beeinflussungsversuch sich hätten erlauben dürfen.“

„Auch hierin,“ sagte Göring, „stimme ich Ihnen zu, Herr Dimitroff.“

„Sie kommen mir so unglaublich vor,“ sagte Dimitroff, „würden Sie mich in die Nase kneifen, damit ich feststellen kann, ob ich träume?“

Göring lachte, Dimitroff wachte auf und rief dröhnend lachend:

„Ich wachte es ja! Das war zu wahr, um deutsch zu sein!“

„Hitler vor dem Weltgericht“

Amerikareise von Lord Marley

Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses des Internationalen Hilfskomitees für die Opfer des Hitlerregimes, Lord Marley, begibt sich Anfang Februar in die Vereinigten Staaten, um eine Vortragsreihe in den wichtigsten amerikanischen Städten abzuhalten. Die Vorträge des Vizepräsidenten des englischen Oberhauses über das Thema „Hitler vor dem Weltgericht“, werden in der amerikanischen Öffentlichkeit mit begreiflichem Interesse erwartet. In New York hat sich ein Empfangskomitee von führenden Persönlichkeiten des wissenschaftlichen, literarischen und politischen Lebens gebildet, dem u. a. der berühmte Philosophieprofessor der Columbia-Universität, John Dewey, der Chefredakteur der New Yorker „Nation“, Edward Carrion Willard, Bishop Rodenell, der Vorsitzende des Jüdisch-Amerikanischen Komitees, Deutsch,

das Mitglied des Kongresses der Vereinigten Staaten, Samuel Dickstein, die bekannte Vorkämpferin der Frauenrechte, Carrie Chapman Catt, Reverent John Haynes Holmes, der Finanzberater der Stadt New York, Samuel Untermyer, und die bekannten Advokaten Arthur Garfield Hays und Ames Pinchot, angehören. Große Vorbereitungen für den Empfang werden aus Cleveland, Chicago, Philadelphia und Los Angeles gemeldet.

Für Massensterilisation

Rostocker Klinik: Fast 50 v. H.

Zur praktischen Auswirkung des Sterilisationsgesetzes wird vom Reichsausschuss für Volksgesundheitsdienst mitgeteilt, daß einen Aufschluß über die zu erwartenden Auswirkungen eine Untersuchung gebe, die die Rostocker Klinik hinsichtlich ihres Patientenstandes für die Zeit vom 1. August 1932 bis 31. Juli 1933 durchgeführt habe. Die Untersuchung erstreckte sich auf die Nachprüfung der Notwendigkeit einer Unfruchtbarmachung bei in dem erwähnten Zeitraum in der Klinik befindlichen Patienten. Es seien in dem Zeitraum insgesamt 741 Patienten zur Entlassung gekommen, von denen 266 unter die im Gesetz bezeichneten Krankheiten fielen. Hiervon kamen in Abgang 24 Frauen, die bereits über dem fortpflanzungsfähigen Alter hinaus waren und 41 diagnostisch nicht reiflos geklärt, so daß für den operativen Eingriff noch 195 in Frage kamen. Davon waren aber 92 bereits früher aus gleichem Anlaß in der Klinik, waren also damals schon erkrankt worden, so daß die wirkliche Zahl der in Betracht kommenden Erkrankten 103 betrage, eine Zahl, mit der die Klinik auch für die nächsten Jahre rechnet. Von diesen 103 wiesen über ein Viertel angebornen Schwachsinn, fast die Hälfte Schizophrenie und ein gutes Fünftel schweren Alkoholismus auf.

Außer den oben genannten 266 Kranken seien aber noch 268 Kranke vorhanden, die zwar nicht ohne weiteres in den Rahmen des Sterilisationsgesetzes fielen, trotzdem aber, von 74 vergreifen abgesehen, eine Unfruchtbarmachung wünschenswert erscheinen ließen.

Die große Treue

Ein Jahr deutscher Naziherrschaft! Es gibt nur noch eine Partei in Deutschland: die hakenkreuzlerische. Es gibt nur noch eine Fahne in Deutschland: die hakenkreuzlerische. Es gibt nur noch einen Geist in deutscher Nacht: den hakenkreuzlerischen.

In den Konzentrationslagern, in den Gefängnissen und sechs Fuß unter deutscher Erde sind die, die anderen Geistes waren. Man hat ihre Bücher verbrannt, man hat ihre Körper gefoltert, man hat ihre Ehre geschändet. Man hat die Männer und Frauen des deutschen Volkes in die Einheitsuniform der deutschen Arbeitsfront gesteckt. Man hat sie gezwungen, braune Zeitungen zu abonnieren, indes man die nichtbraunen unterdrückte und gleichschaltete; man zwingt ihre Arme, sich zum Hitlergruß zu recken und das Lied des Horst Wessel zu singen. Man hat alle, Sozialdemokraten, Katholiken, Kommunisten, zu Zwangshakenkreuzlern gemacht. Und vergaß eines: daß sie innerlich das blieben, was sie waren. Denn sie wurden nicht überzeugt, sondern gepreßt, nicht gewonnen, sondern unterjocht. Sie stehen in den Reihen der deutschen Arbeitsfront, Katholiken, Sozialdemokraten, Kommunisten. Und ballen, indes die rechte Hand der braunen Geßlerkappe ihre Reverenz erweist, die linke in der Tasche der Einheitsuniform. Alles hat man ihnen genommen. Aber eines blieb ihnen, versteckt, getarnt, zusammengedrückt, aber unbesiegt, unüberwindlich und groß: der Geist, die Gesinnung. Die Gefühle des Herzens unter dem braunen Hemd, die Gedanken des Gehirns unter der braunen Kappe.

Das ist die große Treue. Und es ist diese große Treue, die die Geschichte unserer Welt gemacht hat. Als die Gallier das alte Rom überfallen und niedergebrannt haben, da gab es Kleinmütige, die die Stadt überhaupt nicht mehr aufbauen wollten. Aber die Römer bauten sie wieder auf. Und Rom beherrschte den Erdkreis.

Jahrhundertlang hat dieses Rom der Kaiser und Cäsaren die Christen verfolgt und gepeinigt. Sie wurden gefoltert, hingerichtet, sie wurden wilden Tieren vorgeworfen. Man hat Kleinmütiger fiel ab. Viele drängten sich zum Martyrertod.

Braune Sendboten von der Donau

Der „Kampfring der Deutschösterreicher im Reich“, die als Kulturorganisation aufgelegene Vereinigung der in Deutschland lebenden österreichischen Nationalsozialisten, veranstaltete in Berlin einen Festabend, der durch die Anwesenheit der Naziminister Göring, Blomberg und Frick zu einer politischen Kundgebung gestaltet werden soll. Die Erträge des Abends sind für die „Unterstützung österreichischer Nationalsozialisten“, will sagen für die hakenkreuzlerische Propaganda in Oesterreich, bestimmt.

An diesem Abend wirken, so teilt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit, außer dem Herrn Oskar Sima, der überall dabei ist, wo man sich die Sympathien der Nazibouzen erwerben kann, und dem Fräulein Grete Theimer auch der Tänzer Toni Birkmeyer mit, der an der Wiener Staatsoper engagiert ist, und der Sänger Helge Roswaenge, der einen Gastspielvertrag mit der Staatsoper hat. Was Fräulein Theimer und Herrn Sima anlangt, so ist es Sache des Wiener Publikums, ihnen bei einem eventuellen Wiederauftreten auf einer Wiener Bühne oder im Film die gebührende Antwort für die nationalsozialistische Propaganda in Berlin zu erteilen. Die Herren Birkmeyer und Roswaenge aber gehören einer österreichischen Staatsbühne an, und diese sollte sich doch endlich die Frage vorlegen, ob eine künstlerische Tätigkeit in Wien mit einer politischen Propagandaarbeit in Berlin vereinbar ist. Es geht nicht an, daß diese Herrschaften in dem Augenblick, in dem sie die österreichische Grenze überschritten haben, Anspruch darauf erheben, „nur als Künstler“ gewertet zu werden, wenn sie aber im „dritten Reich“ weilen, dort Liebedienerei mit den braunen Bouzen betreiben.

Ein ähnlicher Fall ist der des Herrn Friedrich Schreyvogel, des literarischen Beraters des Burgtheaters. Herr Schreyvogel hat ein Stück „Tod in Genf“ geschrieben, das den Völkerbundgedanken anzweifelt, und dieses Stück in Deutschland aufführen lassen. „Tod in Genf“ wurde dieser Tage in

Die große Masse tat weder das eine noch das andere. Sie ließ sich in die Front der Heiden pressen. Aber sie blieb christlich. Zäh und unerschütterlich. Und das Christentum beherrschte den Erdkreis.

Man kann nicht alle Beispiele erzählen. Man müßte sonst über sechs Jahrtausende Weltgeschichte berichten. Immer wieder gab es Unterdrückte. Immer wieder wurden sie in die Zwangsorganisationen ihrer Unterdrücker hineingepreßt. Mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Versprechungen und Strafen. Scheinbar beugten sie sich. Aber sie blieben, was sie waren. Sie verloren alles und besaßen nichts als ihre Gesinnung. Aber sie siegten! Endlos und unübersehbar sind die Heere, die durch die Jahrhunderte schreiten und in die Arena der Weltgeschichte hinausstiegen. Das Lied ihrer Marschkolonnen, nicht das laute, das sie singen mußten, sondern das unhörbare, das ihre Herzen sangen, war die dröhnende Melodie der Zukunft.

Immer stießen die „Sieger“ an eine letzte Grenze: an die unüberschreitbare Grenze der Gesinnung. Unübersehbar die Armeen derer, die verfolgt, unterdrückt, getötet, eingesperrt und verklagt wurden. Aber nie konnte ihr Geist, ihre Überzeugung, ihre Gesinnung getötet werden. Ihre Gesinnung lebte. Und sie verwandelte die „Sieger“ in Geschlagene. Das ist uraltes, geschichtliches Gesetz, und es gibt keine Macht in der Welt, die die Wirksamkeit dieses Gesetzes aufheben könnte. Die Spieße der altweltlichen Krieger, die Donnerbüchsen des Mittelalters, die Gasgranaten der Moderne — sie alle sind machtlos gegen den Geist. Sie waren und sie sind machtlos gegen die unbesiegbare Macht der Überzeugung, die man nie brechen und nie überwinden kann.

Das gilt für alle Zeiten. Es galt immer und es wird immer gelten. Ganz rechtlos, ganz entmacht, ganz beherrscht sind die Unterdrückten. Aber sie fassen einander an den Händen und schreiten ihren Weg. Sie gehen bis zum Ende — bis zu jenem Ende, das neues Beginnen bedeutet. Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!

Innsbruck aufgeführt, von der Tiroler Landessicherheitsdirektion nach der Premiere aber verboten, weil die Innsbrucker Nazis bereits bei der Erstaufführung für das Stück und seine Tendenz demonstriert und für die zweite Vorstellung eine nationalsozialistische Solidaritätskundgebung angekündigt hatten. Herr Schreyvogel gehört also anscheinend zu jenen gewandten Literaten, die gern zwei Eisen im Feuer haben möchten und hüben rotweißrot, drüben aber braun schillern: um den Absatz seiner Erzeugnisse im „dritten Reich“ zu sichern, ist Herr Schreyvogel ja auch aus dem österreichischen Penklub ausgetreten. Die Begeisterung, die sein Stück nun bei den Innsbrucker Hakenkreuzlern erweckt, dürfte ihm nicht unangenehm sein; aber jenseits der Grenze hat er bei einem gleichgesinnten Publikum mit dem „Tod in Genf“ um Beifall geworben. Herr Schreyvogel ist als Protektionskind christlichsozialer und monarchistischer Kreise ins Burgtheater gekommen; es ist beinahe tragisch, wie den schwarzen und schwarzgelben Protektoren ihre Schützlinge, einer nach dem anderen, davonlaufen...

Ein Disziplinarverfahren

Wien, 27. Jan. Die Wiener Blätter wissen zu berichten, daß gegen die Mitglieder der Wiener Staatsoper Helge Roswaenge und Toni Birkmeyer eine Disziplinaruntersuchung beabsichtigt sei, weil die beiden Künstler am Vortragsabend des „Kampfringes der Oesterreicher im Reich“ im Berliner Zoologischen Garten mitgewirkt haben sollen. Roswaenge ist dänischer, Birkmeyer österreichischer Staatsbürger. Roswaenge soll übrigens, wie die „Reichspost“ mitteilt, nicht Mitglied der Wiener Staatsoper sein, sondern nur einen Gastspielvertrag besitzen. Birkmeyer ist für längere Zeit beurlaubt und hat ein Gastspielengagement in Berlin angenommen.

Horden ihm am 15. November in ihre Kaserne verschleppt, war ich noch in Berlin. Ich sprach mit Genossen darüber. Sie waren alle sehr erregt. Sie sagten mir einmütig: Einmal kommt es anders. Wehe den Mordbuben, die täglich unsere Besten hinhorden. Aber alle die Verantwortlichen — es wird ihnen angeschrieben und es bleibt unvergessen.

Ich begrüße deshalb den Brief, den Sie diesen Mordheern geschickt haben. Ich glaube aber, daß noch eine Weile ihr Gewissen unbehelligt bleibt. Sie sind auf Mord trainiert. Sie werden sich die Hände in Unschuld waschen. Aber sie sind die Schuldigen. Als Otto fortgeschleppt worden war, wurde Laubinger, wurde Johst sofort verständigt. Diesen Mord vergessen ihnen die Berliner Freunde niemals. Hans Otto bleibt — gerade weil man ihn „auf Befehl“ ermordet hat, ein leuchtendes Vorbild im illegalen Kampf.

Totale Zensur

Amlich wird mitgeteilt: Die einheitliche Linie der vom Reich verfolgten Kulturpolitik ist bisher auf dem Gebiete des Theaterwesens teilweise dadurch gestört worden, daß von örtlichen Polizeibehörden die Verbote von Theateraufführungen uneinheitlich gehandhabt wurden. Es ist vorgekommen, daß das gleiche Stück in einer Stadt verboten und in der anderen erlaubt wurde. Um in Zukunft eine solche Uneinheitlichkeit zu verhindern, hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, in dessen Hand die Theaterpolitik des Reiches liegt, die Landesregierungen ersucht, ihm vor dem Verbot eines Theaterstückes Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die eine Frage

In diesen mitternächtigen Stunden hat sich Gesindel allerlei von überall vereint gefunden, aus Schloßhof und aus Sakristei, und brüderlich stehn heut' verbunden Artillerie und Klerisei; dem gegenüber will die Klage, man wisse nicht recht, was du bist, bedeuten nicht so viel, die Frage, ob Sozialist, ob Anarchist.

Sie wollen uns die Freiheit rauben, die Luther einst in Worms bekannt, verbieten uns den eignen Glauben, für den Giordano ward verbrannt; und nicht zu denken uns erlauben, wie Lessing, Mendelsohn und Kant. Hier hat doch nur die eine Frage noch Sinn, ob du ein Kämpfer bist, dann zieh dein Schwert heraus und wage, als Anarchist, als Sozialist.

Oskar Panizza, 1899.

Lügenscheitel

Das Wort „Lügenscheitel“ kennt Ihr gewiß nicht. Dabei existiert es fast schon zwanzig Jahre. Freilich nur im Innern eines einzigen Menschen. Dem bildete, drängte es sich auf, als er während des Weltkrieges die amtlichen Pressekonferenzen besuchen mußte. An der Stirnseite der Tafel prangten Ludendorffs Handlanger — mögen ihre Namen vergessen sein —, Uniformen, undurchdringliche, eisig lächelnde Gesichtsmasken und darüber ein schnurgrader, nicht um einen einzigen Millimeter verrückter, durchgezogener Scheitel. Fragte man sie nach der verlorenen Marne-Schlacht — sie lächelten: verlogenes Geschwätz der gegenrassistischen Presse! Nach den U-Boot-Verlusten: feindliche Fantasien! Nach den Amerikanern an der Westfront: Gespensterfurcht! Und auf alles setzten die geleckten Scheitel den bekräftigenden Akzent: „Gerade Scheitel, gerade Charakter! Wer so korrekt aussieht wie wir, der lügt nicht!“ Damals entstand im Innern eines schauernden Zuhörers das Wort „Lügenscheitel“.

Warum das erzählt wird? Weil wir gerade in der Presse lesen: Ein Sekretär der deutschen Gesandtschaft in Wien wurde inmitten einer Konspiration gegen die österreichische Regierung betroffen, unmittelbar bei der Vorbereitung einer hochverräterischen Handlung, im Komplott mit den Führern der nationalsozialistischen Partei. Man plante nichts anderes als einen kleinen Staatsstreich, Absetzung der Regierung, Massenverhaftungen, Meutereien in Heer und Gendarmerie usw. Sonst nichts.

Und nun: Können Ihr Euch diesen Herrn vorstellen, wie er mit frei-offenem Gesicht, im Außen strahlende Korrektheit, mit einem blauäugigen Blick deutscher Treue, der jeden Zweifel niederblühte, der österreichischen Regierung im Namen seines Regierungschefs Hitler jeden Tag vorher versichert hat: die deutsche Regierung vermeide peinlichst jede Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten?! Und darüber setzte der Scheitel, wie Hitler-Deutschland ihn jetzt trägt — gezogen durch eine handtellergröße haargeschmückte Fläche des sonst glattrasierten Schädels — ein energisches Ausruhmzeichen: Leute von so tadellosem Aussehen lügen nicht!

Ein altes Wort trat wieder ins Gedächtnis: Lügenscheitel. Und manchmal ist einem, als sollte man, wenn die deutschen Friedens- und Beschwichtigungswörter durch den Aether hallen, von allen Auslandsstationen unansgesetzt funkeln: „Lügenscheitel!... Lügenscheitel!... Lügenscheitel!“

Kuckuck ohne Hakenkreuz

Nach der Machtergreifung haben die Nazis das Hakenkreuz, das vorher alle Klosettswände zierte, gewissermaßen verstaatlicht und ins Bürokratische transportiert. Das nationalfaschistische Parteiabzeichen wurde in alle Landeswappen, Dienstsiegel, Dienststempel usw. aufgenommen und zum Hoheitsabzeichen des „dritten Reiches“ befördert. Plötzlich aber hatte das einen Haken — wie man aus folgender Meldung erfährt:

Berlin, 29. Jan. Das neue preußische Landeswappen und die neuen Dienstsiegel und Dienststempel enthalten als Symbol des neuen Staates auch das Hakenkreuz. Der preußische Justizminister hat nun verfügt, daß die Dienstsiegel und Dienststempel der Gerichtsvollzieher nicht das Hakenkreuz tragen.

Längst war der Gerichtsvollzieher zum eigentlichen Träger des autarken Wiederaufbaues geworden. An den gerichtlich versiegelten Wohnungen und Geschäftslökalen prangte als Symbol des wirtschaftlichen Zusammenbruchs das Hakenkreuz. Nun hat die preußische Regierung dieser täglich wachsenden Verbreitung des Hakenkreuzes Einhalt geboten.

Zeit-Notizen

Die Farce des „Forschens“

In einem Vortrag zur Begründung der preußischen Dozentenschaft an der Universität Köln wurde nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ erklärt: „Die Freiheit des Forschens im nationalsozialistischen Staat besteht nicht für jeden... Der Forscher muß Nationalsozialist sein... und den Führern unbedingt Gefolgschaft leisten.“

Das 50. Kolonialgedenkbuch. Anläßlich des 50. Kolonialgedenkbuchs läßt der Oberstleutnant Leber im Verlag Friedrich M. Hörhold-Leipzig zwei Schriften erscheinen: „Koloniale Vorkämpfer heraus!“ und „Was müssen wir von unsern Kolonien wissen?“ Bei allen Gliederungen der NSDAP, der HJ, der Turn- und Sportvereine, Reichswehr, Marine usw. werden Sammelbestell-Listen für diese Schriften in Umlauf gesetzt.

Hans Otto

Zu dem von uns veröffentlichten offenen Brief für Hans Otto.

Ich kannte Hans Otto lange Jahre. Er war einer der vorbildlichsten Genossen der kommunistischen Partei. Auch für die kleinste Angelegenheit setzte er sich mit aller Restlosigkeit ein. Nichts war ihm zuviel. Die Interessen der Berliner Staatstheater-Schauspieler waren bei ihm in den allerbesten Händen. Darüber hinaus nahm er sich der kleinsten Dinge an. Hatte ein Genosse kein Obdach — bei Otto wurde er untergebracht. Hatte ein Arbeitsloser keinen Pfennig mehr — Otto holte seinen letzten Groschen heraus und nahm — wenn es nicht anders ging — Vorschul. Man konnte zu ihm kommen in jeder Notlage. Irgendeinen Rat wußte er immer. Irgendeine Empfehlung hatte er immer bereit. Als er das Staatstheater verlassen mußte, wurde am dortigen schwarzen Brett ein ehrenvoller Nachruf für ihn angebracht. Von seinen Feinden — den Faschisten. Sie konnten ihm keine Korruption vorwerfen. Er hatte nichts Ehrenrühriges getan. Er stand mutig bis zur letzten Minute für seine Überzeugung ein. Auch als Kollegen — wie der unbegabte, kitschige, von den Berliner Gartenlaubinger gerufene Laubinger offen zum Faschismus übergang, blieb Otto das, was er war. In einer der letzten Unterredungen sagte Johst zu ihm, daß das Staatstheater jetzt blonde, heldische, große Gestalten brauche, worauf Otto ihm lächelnd erwiderte: schließlich würden ja auch Kontraste benötigt. Und — er stelle sich hierfür zur Verfügung. Er hatte keine Bange vor dem jetzigen System. — Als die SA-

Müller bleibt Diktator

Aber der innere Kampf der Kirche geht weiter

Reichsbischof Müller ist augenblicklich Diktator. Nach der Konferenz mit dem Reichsbischof Müller haben die Bischöfe des Reichs einmütig ein Manifest verkündet, in dem sie bedingungslos Loyalität gegenüber dem „dritten Reich“ und seinem Führer versichern. Sie stellen sich geschlossen hinter den Reichsbischof und erklären, bereit zu sein, seine Anweisungen in seinem Geiste zu befolgen. Diese Kapitulation der evangelischen Bischöfe, die immer heftiger den Rücktritt des Reichsbischofs forderten und nun plötzlich parierten, hat in den Kreisen der evangelischen Kirche eine ungeheure Bestürzung hervorgerufen. Es ist klar, daß Müller durch die staatlichen Machtmittel gedeckt wird. Das Organ des Pfarrernotbundes „Junge Kirche“, das eine Auflage von bereits 16000 verzeichnet, wird in einer Kritik der veruchten Gleichhaltung des Evangelischen Jugendwerks außerordentlich deutlich:

„Es ist uns nicht bekannt geworden, daß die Unterzeichnung des Vertrages von der Evangelischen Jugend begeistert begrüßt worden sei, wie in den Zeitungen berichtet wurde. Es ist uns aber bekannt geworden, daß in allen Teilen des Reichs die ernsten Bedenken im Jugendwerk, in der kirchlichen Bevölkerung und insbesondere bei den Eltern der Mitglieder des Jugendwerks erhoben worden sind... Das Gesamtbild der Kirche ist so unerfreulich wie möglich... So bedeutsam und wertvoll alle diese Erfahrungen (d. h. die verschiedenen Maßnahmen der Kirchenregierung) auch sind, es steht ihnen ein kirchlicher Auflösungsprozess von noch unübersehbarer Ausmaße gegenüber. Ohne Beschönigung müssen wir einen verhängnisvollen Kreditverlust der Kirche in der Öffentlichkeit feststellen. Die Gemeinden werden innerlich zerstückt, demoralisiert, insbesondere durch den unerträglichen Streit der Geistlichen...“

So geht denn der Kampf immer weiter. Die neueste Nummer des „Evangeliums im Dritten Reich“ unternimmt bereits einen Angriff auf die „Pfarrernotbündler“ mit dem Aufre: „Stell dich Lügner!“ Es sei Aufgabe eines jeden Deutschen Christen, schreibt dieses Organ, in Stadt und Land, mehr noch, es sei Aufgabe eines jeden evangelischen Nationalsozialisten und eines jeden deutschen Menschen, der die Ordnung im „dritten Reich“ gesichert sehen will, diesen vorsichtigen und mit halben Worten und Andeutungen ausgestreuten Lügen mit aller Klarheit und Entschiedenheit entgegenzutreten. Es sei bestimmt kein Ruhmesblatt in der Geschichte, wenn deutsche evangelische Geistliche verhaftet werden. Aber keine Nährfeligkeit! Diese Herren haben es verdient.

Niemöller war verhaftet!

Berlin, 11. Jan. Der Pfarrer Dr. Niemöller, einer der einflussreichsten Führer der Opposition, war zunächst durch die Geheimen Staatspolizei verhaftet worden. Er wurde zwar wieder entlassen, muß sich jedoch täglich auf der Polizei melden. Seine gesamten Papiere, die den Pfarrernotbund betreffen, wurden beschlagnahmt.

Das Neueste

Zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Beauftragten der amerikanischen und englischen Gläubiger haben Besprechungen stattgefunden, die in erster Linie den Inhalt der Transferrönderabkommen zum Gegenstand hatten, die zwischen der deutschen Regierung einerseits und der schweizerischen und holländischen Regierung andererseits abgeschlossen werden sollen.

Zwischen dem polnischen Außenminister und dem deutschen Gesandten fand am Mittwoch der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-polnischen Luftfahrtabkommens statt. An den Gerüchten, daß Herriot beabsichtige, den Vorsitz der radikalsozialistischen Kammergruppe niederzuliegen, scheint etwas Wahres zu sein. In den Bandelungen der Kammer wurde behauptet, daß gesundheitliche Gründe für Herriot bestimmend sein könnten — während der sozialistische „Populaire“ von einer Geste des Unwillens über die Zusammenkunft der Regierung gesprochen hatte — daß aber seine Parteifreunde, darunter Chanicamps, alles tun würden, um Herriot von seiner etwaigen Absicht abzubringen.

Vor dem Pariser Gericht fand gestern der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Auflösung der Liga der Militärdienstverweigerer zur Verhandlung. Der Staatsanwalt bezeichnete diese Liga als eine gefährliche Gesellschaft und einen todbringenden Bazillus, der in der heutigen ersten Zeit unbarmherzig ausgedehnt werden müsse. Zwei seit Monaten verhaftete Mitglieder der Liga hatten das Gericht für unzuständig erklärt, drangen jedoch mit ihrer Ansicht nicht durch. Das Urteil wird in acht Tagen gefällt werden.

Die Reichsbankkassen des verhafteten Direktors des Hanoverer Credit Municipal, Lissier, haben den Untersuchungsrichter in einem Schreiben anfordern, mehrere höhere Beamte des französischen Handels- und Arbeitsministeriums sowie den früheren Kolonialminister Dalimier und auch den ehemaligen Finanzminister Bonnet zu vernehmen. Bonnet soll Auskunft über seine Beziehungen zu dem verhafteten Direktor der Volonte, Dubaru, geben und die Frage beantworten, ob er auf der Konferenz von Stresa mit Stawisky zusammengeteilt habe.

Am Mittwoch vollführten im Montmartre-Biertel 500 Autobroschürenfahrer mit ihren Autospanen und Protest gegen die neue Benzinksteuer einen Höllenlärm. Die Polizei mußte Verstärkungen heranziehen, um der nächtlichen Ruchführer Herr zu werden.

Der Vorstand der radikalsozialistischen Partei hat beschlossen, den im Zusammenhang mit dem Stawisky-Skandal verhafteten Aba. Garay vor dem Disziplinar-Anschuß der Partei zu zitieren, damit der Parteivorstand über weitere Maßnahmen sich schlüssig werden könne.

Nach Antragsstreifen der Goldreserverente hat Präsident Roosevelt von dem ihm durch dieses Gesetz erteilten Vollmachten Gebrauch gemacht und den gesetzlichen Goldwert des Dollar mit 59,06 Pence festgesetzt.

Aus Odra wird gemeldet: Bei Lucinico ereignete sich am Mittwoch ein Explosionsunglück, das drei Todesopfer forderte. Ein Schrankenwärter hantierte mit einer Bombe, ohne zu wissen, daß sie Dynamit enthält. Plötzlich erfolgte eine Explosion, durch die der Eisenbahnbeamte und zwei in diesem Augenblick vorübergehende Frauen getötet wurden. Außerdem wurde die kleine Tochter des Schrankenwärters verletzt.

Anschlag auf Faulhaber

Der Papst bekennt sich zu seiner Person und zu seiner Gesinnung

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag, 27./28. Januar 1934, wurde aus einer Entfernung von etwa 80 Meilen zwei Schüsse gegen die Wohnung des Erzbischofs von München abgefeuert; die beiden Schüsse, die nur von sehr guten Schützen kommen können, trafen das Mittelfenster des Spechzimmers und zersplitterten dasselbe. Die Polizei hat die genau Untersuchung des Falles sofort eingeleitet. Kardinal Faulhaber blieb unverletzt.

Die Schüsse von München wird man nicht als unverantwortliche Tat eines Wirtlozes abschütteln können. Am Sonntag, dem 27. Januar, wurde in allen bayerischen Zeitungen eine Kampfschreiben des bayerischen Staatsministers Esser gegen den Münchener Kardinal verbreitet. Sie erging sich in wilden Drohungen und Beschimpfungen Faulhabers und lautete unter anderem:

„Traurig genug, daß sich die Männer der Kirche heute bei jeder Gelegenheit hinter Konfessionen und Verträge verbergen und scheinbar ernstlich daran denken, für alle Zeit in Deutschland ein Staat im Staate bleiben zu wollen. Es sei nachgerade ein Skandal, daß sich Kardinal Faulhaber immer noch nicht zu einem rückhaltlosen offenen Bekenntnis zum neuen Staat aufgeschwungen habe. Dafür halte er Predigten, die Gewissenskonflikte aller Art hervorriefen und die kaum gewonnene innere Einheit des Volkes gefährdeten. Der Kardinal und seine Mitarbeiter würden besser daran tun, Predigten über das Kapitel des von Gott angeordneten Gehorsams gegenüber der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit zu halten. Sie sollten lieber den Versuch machen, das schlechte Renommee, in das die Kirche durch ihre politisierenden Exponenten gekommen sei, zu verbessern und dafür zu sorgen, daß die Menschen wieder ohne innere Vorbehalte in gläubigem Vertrauen zu den kirchlichen Autoritäten aufzublicken in der Lage sind.“

Das war das Signal. Der Schütze, der mit großer Sicherheit geschossen hat, wußte, daß er im Falle eines Erfolgs in guter Eut gewesen wäre. Kardinal Faulhaber ist heute als Staatsfeind signalisiert und wer ihn niederknallt, der ist des Dankes der Führer gewiß.

Wie dieses Attentat freilich am Kernsitz des Katholizismus gewirkt hat, dafür liegt ein Dokument von hoher politischer Bedeutung vor:

Der Papst hat an Kardinal Faulhaber ein Telegramm geschickt, in welchem er ihm zu seiner glücklichen Errettung aus Todesgefahr beklagwünscht und indem er die vollkommene Einmütigkeit zwischen den Anhängern des Heiligen Stuhles und des Erzbischofs von München zum Ausdruck bringt. — Kardinalstaatssekretär Pacelli hat ebenfalls ein Telegramm an Kardinal Faulhaber geschickt, in dem er gegen die nationalsozialistischen Rundgebungen gegen den

Münchener Erzbischof protestiert und dem Kirchenfürsten Glück wünscht, daß er dem Attentat entgangen ist. Diese Telegramme beweisen, daß wir nicht mehr an der Schwelle des Kulturkampfes stehen. Er ist schon da. Die Schüsse auf Faulhaber sind ein Signal für die deutschen Katholiken, das ihnen die Entscheidung zwischen Kirchentum oder gewalttätigem und heidnischem Nationalsozialismus immer entschiedener aufdrängt.

„Weisheit des Hl. Stuhls“

Verkümmerung der Katholischen Jugendbewegung

In München war eine Rundgebung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher. Im Bericht der „Königlichen Zeitung“ (Nr. 47) lesen wir:

Das Schlusswort sprach das Mitglied der Reichsleitung der KAD, Regierungspräsident zur Bonzen (Köln), der die Größe der Reichsleitung überbrachte und dann auf das Konfession zu sprechen kam, über dessen Auslegung zur Zeit Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Reichsregierung schwebten. In der Frage des katholischen Vereinswesens, besonders in der Jugendorganisation, stehen sich die Dinge noch. Auch hier werde gewiß eine Regelung getroffen, die Staat und Kirche gerecht werde. Allerdings scheint es ihm, daß die katholischen Jugendverbände eine Stellung einnehmen wollten, die ihnen im Konfession gar nicht zugebilligt sei. Die Eigenart der katholischen Vereine solle nicht eingeschränkt werden, aber sie sollten sich auf die religiöse Betreuung beschränken. Es sei nicht einzusehen, weshalb die katholischen Jugendverbände für Sport usw. bestehen. Alles, was über die religiöse Betreuung hinausgeht, also die körperliche und staatspolitische Erziehung, müsse dem Staat allein überlassen bleiben. Er gebe den Jugendorganisationen den Rat, gleichzeitig diese Notwendigkeit zu erkennen. Mit einem vielfach noch fehlenden weiteren Ausbau der katholischen Jugendverbände erweite man der katholischen Jugend den allerbestmöglichen Dienst. Er habe die Gewisheit, daß die Weisheit des Hl. Stuhles und der Reichsregierung auch in dieser Frage den richtigen Weg finden werde.

Nach einem dreifachen Sieg Seil auf den Reichspräsidenten und den Reichskanzler schloß die Rundgebung mit dem Gesang des Hosianna-Gebets.

Es fehlte nur noch ein „Siege Heil!“ auf den Heiligen Vater und auf den lieben Gott.

Es ist anerkennenswert, daß Herr zur Bonzen in treuer Parteipflicht seiner Kirche den Rat gibt, ihre Jugendorganisationen verkümmern zu lassen. Immerhin ist mdaßlich, daß die „Weisheit des Heiligen Vaters“ eine etwas andere Auffassung hat als die pensionberechtigte Weisheit des Herrn Regierungspräsidenten zur Bonzen.

Priester unschuldig verurteilt

Vor dem Sondergericht München

In der schweren Verurteilung von drei katholischen Priestern in München zu Gefängnisstrafen von 3, 4 und 5 Monaten schreibt uns der Kommunist Weimier, dessen Broschüre den Geprüchten der Angeklagten zugrunde lag, aus Paris:

Da die Verurteilung laut Pressemeldungen deshalb erfolgte, weil Dr. Mubler „Einzelheiten weitergegeben“ hat, die von einem Kommunisten stammen, der

„seine Wissenschaft aus einer Broschüre des Kommunisten Weimier über dessen Flucht aus dem Konzentrationslager Dachau bezogen habe“,

und das Gericht in der „Begründung“ sagt:

„Die Behauptungen waren nicht wahr und — insofern schädigen geeignet, das Ansehen der Regierung schwer zu schädigen“

habe ich vor der ganzen Welt zu erklären: die drei katholischen Priester wurden vom Sondergericht München unschuldig verurteilt.

Ich wiederhole, daß ich das, was in der Broschüre „Mordlager Dachau“ niedergeschrieben ist, voll und ganz von der ersten bis zur letzten Zeile aufrechterhalte. Da ich zur Zeit in Deutschland selbst nicht als Zeuge erscheinen kann, um das zu beweisen, was die Verurteilten nicht wagen durften, wenn ich nicht das auf mich nehmen wollte, was durch meine Flucht aus dem Vorhof des Todes verhindert wurde, so bin ich aber zu jeder Zeit bereit,

vor jeder Instanz und vor jeder Körperschaft in jedem anderen Lande zu erscheinen.

Dort werde ich Gelegenheit nehmen, das, was ich mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren gehört und am eigenen Leib verspürt habe, unter Eid noch einmal zu wiederholen und zu bekräftigen.

Aus diesen meinen Feststellungen wird sich ergeben, daß

Helde Rosenberg führt...

Berlin, 11. Jan. Der Führer hat soeben folgende Verfügung erlassen:

„Auf Vorschlag des Stabsleiters der PD, beauftrage ich den Va. Alfred Rosenberg mit der Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes „Kraft durch Freude“. Die Funktionen des Reichsschulungsleiters, Pp. Otto Gohdes, werden hierdurch nicht berührt.“

München, den 11. Januar 1934.

A. d. A. Adolf Hitler.
Dr. A. Len
Stabsleiter der PD.

Alfred Rosenberg gehört zu den engsten Vertrauten Hitlers, dessen Kulturpolitik er entscheidend bestimmt. Dieser Walte ist zugleich der schlimmste Feind des

nicht nur Arbeiter, Arbeiterfrauen, Kerate, Wissenschaftler und selbst katholische Priester ins Gefängnis hinter Schloß und Riegel“ geworfen werden, weil sie wußten, daß in Dachau Menschen gequält, gefoltert und getötet wurden. Es wird sich ergehen, daß in Dachau Dr. Kab, Dr. Rosenfelder, Willo Franz und Altmann ermordet wurden, weil sie wußten, wie in Dachau andere Gefangene gefoltert, ermordet und verbrannt wurden. Es wird sich ergehen, daß seit meiner Flucht aus Dachau solch ungeheuerliche Grausamkeiten vorgekommen sind, die das, was ich erlebte, in den Schatten stellen. Ich werde in der Lage sein, geführt auf einwandfreie Unterlagen, nachzuweisen, wie die gefangenen Kommunisten Franz Stenger, Hartl, Haukmann Sepp, Jenner, die SA-Peute Amuschel und Hansauf und andere befallig ermordet wurden.

Wer von all den Verbrechen weiß, der hat die Pflicht, sich auf die Seite der Opfer der faschistischen Regierung Hitler zu stellen und mitzutun, die antifaschistische Front zu verstärken, damit dem Blutgericht in Deutschland ein Ende bereitet wird. Wenn der verurteilte Dr. Mubler vor Gericht erklärt hat, daß er gegen den Marxismus ist, so bildet das für uns Marxisten kein Hindernis, für die drei verurteilten katholischen Priester genau so einzutreten, wie wir für die vielen anderen ebenfalls in die Konzentrationshöhlen geworfenen Katholiken eintreten. Ihre Stellungnahme gegen die Anklagen in Dachau war diktiert von der unehrerer liegenden Erbitterung der katholischen Arbeiter und armen Bauern, die dem Hitler-Terror, der gezielten Ausbeutung, den verwerflichen Steuern und Abgaben ausgesetzt sind und immer mehr verelenden.

Vergeßen wir nicht, daß in Bayern unter den Augen desselben Generals Epp im Jahre 1919 die von ihm geführten Garden am Kolping-Platz 21 Mitglieder des katholischen Gesellenvereins München in einen Keller geschleppt und befallig abgeschlachtet haben.

Katholizismus. In seinem Buche über den Mythos des 20. Jahrhunderts hat er Ideen vertreten, die als „heidnisch“ noch sehr zurückhaltend bezeichnet werden. Immer gelobt er Kampf gegen den Papst, den er mit seinen Beschreibungen mit einem Medizinmann der Wilden vergleicht.

Die Berufung Rosenbergs zum Vächter über „Kraft und Freude“ und die gesamte weltanschauliche Schulung der Pd. ist nur so zu deuten, daß Hitler zur Fortsetzung und Weiterführung der antifaschistischen Tendenzen des „totalitären Staates“ fest entschlossen ist.

„Ernst Bibelforscher“ eingesperrt

In Seelen am Darz war der Verhaft gemacht worden, die Organisation der „Ernst Bibelforscher“ wieder aufleben zu lassen. Da die Organisation verboten ist, alna die Polizei dagegen vor und erliefen in einer Versammlung der Vereinigung. Mehrere führend beteiligte Personen wurden festgenommen.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Am Freitag wird im Grand Palais der berühmte Salon des Indépendants eröffnet. Die Maler bringen selbst ihre Bilder hin. Die Unabhängigen sind 1884, vor fünfzig Jahren, gegründet.

Der „Matin“ bringt die Mitteilung, daß Madame Stavisky die Lebensversicherung ihres Mannes von einem halben Millionen Franken mit der Behauptung einzuklagen wird, daß der Selbstmord Staviskys weder bewußt noch vorsätzlich geschehen sei, sondern infolge geistiger Umnachtung. Die Behauptung eines Polizeimordes ist also aufgegeben.

Der Abgeordnete des Pariser Temple-Bezirks, Bonnare, der in Bayonne mit den klassischen Worten: „Citoyen, tu nous dois des explications“ angedredet wurde und fast das Opfer einer ihm auflauernden Masse war, wird wegen seiner Dicke und des herabtriefenden Schweißes bei diesem Ueberfall verhöhnt.

Lotte Schoene, die Solistin von Reinhardts „Fledermaus“, begibt sich Anfang Februar auf ein europäisches Gastspiel, das sie nach Spanien, Holland, Skandinavien, Oesterreich und in französische Großstädte führt.

Die erste Mitgliederversammlung des neugegründeten Verbandes deutscher Journalisten in der Emigration wurde, aus technischen Gründen, vom 5. auf den 12. Februar, 21 Uhr, verlegt.

Die Archives Internationales de la Danse veranstalten am 2. Februar in englischer Sprache einen Vortrag über die Pawlowa (Redner: M. Hittelin).

Entdeckungen im Radium-Institut

M. und Mme. Joliot haben, wie in der Pariser Akademie der Wissenschaften mitgeteilt wurde, neuerdings im Radium-Institut interessante Atomexperimente gemacht. Sie bearbeiteten leichte Metalle, wie Aluminium, Magnesium usw. mit Alphastrahlen des Polonium und machten sie vorübergehend radioaktiv mit Verlust eines positiven Elektrons. Die erhaltenen Körper wurden Radiozote, Radiophosphore und Radiosilicium genannt — es sind neue Beispiele für die Verwandlung der Materie nach den Erklärungen des Akademieberichterstatters M. Perrin.

Unbauten am Papstpalast zu Avignon

Avignon ist bekanntlich nicht nur durch die dort wohnenden neueren Logenwiner, sondern vor allem durch den Papstpalast berühmt, in dem im 14. Jahrhundert das siebenjährige Exil der Päpste vor sich ging. Der Papst Clemens VI. kaufte damals die Stadt von der Provence und sie blieb bis nach der Revolution päpstlich. Der Palast der Päpste ist eine gewaltige architektonische Erinnerung an diese Zeit.

Seit langer Zeit wird dieses Bauwerk, das den meisten Südfrankreichreisenden in Erinnerung steht, einer durchgreifenden Aenderung unterzogen. Vor allem werden nach alten Plänen und Modellen die beiden kleinen eleganten Türme wieder hergestellt, mit denen der Palast im vierzehnten Jahrhundert geziert wurde und die die Militär-

Musik-Anzeiger

Im Rahmen der Concerts Colonne wird für den 10. und 11. Februar die ungekürzte Konzertaufführung von Wagners „Tristan und Isolde“ vorbereitet.

Die Frau, Mitarbeiterin und Sekretärin des im Pariser Kunstleben sehr bekannten Impresario Felix Delgrange ist nach kurzer Krankheit im Alter von 37 Jahren verstorben.

Pierre Monteux wird im Februar mit dem Orchestre symphonique de Paris eine Konzerttournee durch die französische Provinz unternehmen. Im nächsten Zykluskonzert — in der Salle Pleyel am 4. Februar — wird er noch ein Novitätenprogramm (Ur- bzw. Erstaufführungen von Milhaud, Honneger, Casella, Delannoy, Barraud und Roussel) dirigieren.

Bruno Walter, von dessen Erfolg anlässlich eines Geosfer Festkonzertes hier bereits berichtet wurde, wird 1934 in Florenz, Genf, Lausanne, London, Paris, Amsterdam, Salzburg und Wien, wo er augenblicklich zu Gastspielen weit und wo man ihn durch längeren Vertrag an die Staatsoper binden will, dirigieren.

Otto Klemperer wurde aufgefordert, außer seinen vertraglichen Konzerten in Los Angeles, noch einen Beethoven-Zyklus zu dirigieren. (Vor etwa drei Viertel Jahren erhielt dieser Dirigent bekanntlich während eines Konzertes, das er in Budapest gastweise leitete, die Kündigung seines Berliner Vertrages von den neudeutschen Machthabern telegraphisch zugestellt.)

Generalmusikdirektor Prof. Dr. Peter Raabe (Aachen) tritt ab Herbst dieses Jahres nach Erreichung der Altersgrenze „auf eigenen Antrag“ in den Ruhestand. Das ist nach Busch (Dresden) und Muck (Hamburg) der dritte „reinerassige“ Dirigent, der dem Nazismus weichen muß.

Die Oper „Perkain“

Uraufführung in der Opéra

Während zu Ende des vorigen Jahres im Pariser Musikleben die moderne Musik völlig aus den Programmen verbannt zu sein schien, hat im Januar eine Hochflut von Erstaufführungen zeitgenössischer Komponisten eingesetzt, an der sich jetzt auch die ehrwürdige Große Oper — oder wie es amtlich heißt — „L'Académie Nationale de Musique et de Danse“ — mit der Uraufführung der Oper „Perkain“ von Jean Poulenc beteiligt.

Leider kann man die französische Staatsoper zu dieser Wahl nicht beglückwünschen. Das aus der Taufe gehobene Werk wird es wahrscheinlich zu keiner großen Bühnenlauf-

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

a) Allgemeine Konsultationen mit 7 Spezialisten. Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kniegelenk, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Bluth, Harn- u. Geschlechtskrankheiten.

b) Chirurgie. Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Kleine, mittlere und große Chirurgen. Die allermodernste Einrichtung umfasst 2 Operationssäle.

c) Geburtshilfliche Klinik. Vierstöckiges Gebäude. Zimmer für 1 bis 4 Betten, 3 Akras, 3 Hebammen.

d) Zahnärztliches Kabinett. Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten.

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

verwaltung im Jahre 1840 abreißen ließ, weil man ihren Einsturz befürchtete.

Eins der hervorragendsten Bauwerke Frankreichs wird somit in alter Schönheit erstehen, und der alte Volksvers kann auf die Avignoner Brücke — wenn man will — aufs neue gesungen werden: „Au pont d'Avignon — tout le monde danse en rond“.

Reichtümer in der Rhone

In der Rhone liegen römische Kunstschatze, die das französische Unterrichtsministerium, wie verlautet, jetzt heben will.

Im Jahre 1564 versank in dem Fluß bei der Heiligen-Geist-Brücke ein Schiff, das acht Porphyrsäulen von Arles vom Chor von Notre-Dame-la-Major an Bord hatte, ferner antike Marmorgrabtafeln und Basreliefs. Diese Schätze, die der Stromgott verschlang, waren von Katharina von Medici und ihrem Sohne, dem Könige Karl IX. zum großen Leidwesen der Einwohner einkassiert worden.

Ein zweites Schiff, das ebenfalls Kunstgegenstände von Arles wegfürte, versank unter Napoleon 1805. Die Arlesier haben damals, wie die Chronik meldet, so heftigen Widerstand gegen die Beraubung ihrer Stadt gezeigt, daß sie zum Beispiel die beiden Säulen auf dem römischen Theater behalten konnten. Dies zweite Schiff ging schon vor Verlassen des Hafens unter. Es liegt an den Kais von Trinquetaille.

Die Auffahrt der Chauffeure

Wer sich am Montagabend etwa auf dem Boulevard Montparnasse befand und die fürchterliche Auffahrt der Taxi-Autos von allen Seiten sah, mochte glauben, daß ein neuer Feind anrücke. Man entsinnt sich ja, daß Paris 1914 durch seine Autos, die den Deutschen entgegengeworfen wurden, gerettet wurde. Jedenfalls entstand der Eindruck, daß es eine Kleinigkeit ist, eine Stadt durch Aufmarsch Auto hinter Auto zu „verbuddeln“ und zu überrumpeln.

Aber es war diesmal ja keine eigentliche politische Demonstration — es war nur eine Protest-Huperei gegen die Benzinsteuer, die mit so schrecklichem Lärm von den Seitenstraßen der alle Bullier bis weit in den Westen hinein die nächtlichen Boulevards anfüllte. Und daher muß wohl auch, ohne Zutaten von Stavisky, Camelots oder Léon Daudet, die rein gewerkschaftliche Herkunft des Unternehmens erzählt werden.

Die Pariser Chauffards, denen es unzweifelhaft vielfach nicht zum Guten geht, sind wütend über das neue Benzin-gesetz, das die „essence“ einer Steuer von 50 Centimes unterwirft. Von dieser Steuer sind sie zwar durch Beschluß der Kammer ausgenommen, aber die Regierung hat eine Ablenkung beschlossen. Nach der jetzigen Benzinverordnung sind sie nur dadurch privilegiert, daß sie eine Sonderbrühe mit 25-Prozent Alkohol benutzen können, die 25 Centimes Steuer kostet. Aber diese Brühe beschädigt, wie die Vertreter der Chauffeure sagen, die Motoren, außerdem muß man ungefähr das Doppelte des Brennstoffs brauchen (etwa

bahn bringen. Die Handlung, die Episoden aus dem Leben des baskischen Nationalhelden Perkain zur Zeit der französischen Revolution schildert, hat eine bühnen und wirksame Gestaltung. Es fehlt infolge Zerdehnung und dauernder Unterbrechung des Hauptgeschehens durch Tanz- und Spiel-szenen die dramatische Spannung. Das Werk zerfällt in eine große Reihe von Einzelszenen, ohne daß der Eindruck einer Nummernoper im alten Sinne entstände. Dazu ist wieder die musikalische Substanz zu schwach.

Poulenc, ein feiner Musiker, Schüler von Fauré und Vincent d'Indy, hat das Baskenland bereist und läßt viel Folkloristische in seine farbig klingende Partitur einfließen. Aber die echte Opernwirkung stellt sich nicht ein. Die Auf-führung, die der altbewährte Dirigent des Hauses: Fran-cois Ruhlmann musikalisch betreut, hat versäumt, die Partitur durch Striche in eine knappere Form zu bringen. So gefallen ein paar Tänze, ein paar Stimmen, das über-raschend schöne Bild des dritten Aktes, aber der Gesamtein-druck bleibt schwach.

Das nach der Novität aufgeführte kurze Ballett zu Webers von Berlioz herrlich instrumentierter) „Aufforderung zum Tanz“-Musik interessiert stärker als die vorausgegan-genen drei Akte. Schade um die künstlerische Arbeit, die man bei der geringen Zahl von Novitäten auf ein typischeres und stärkeres Werk der modernen Musikdramatik hätte verwen-den sollen.

zwei Liter auf 100 Kilometer), so daß die Hitze gewisser-maßen mit dem Rauch aufsteigt. Das kostet die Chauffeure, die häufig die Mehrkosten für die Wagen ihrer Unternehmer selbst aufbringen müssen, wie man ausgerechnet hat, im Durchschnitt 10 Franken.

Und dazu die unvermeidlichen Polizeistrafen, die Schwierigkeiten der Ueberfüllung der Straßen — und die Leere der Wagen, das häufige nächtliche stundenlange Warten. So erklärt sich das schrecklich-kriegerische Hupen am Montag und Dienstag von der Arbeitsbörse bis zur Oper!

„Noch ein zweiter Chiappe“

Bei unserem Spaziergang durch das Pariser „Unruhen“-gebiet, Ecke Raspail und Saint-Germain, hat uns ein Tippfehler einen kleinen Streich gespielt. Der dort auf dem Postament stehende zweite Chiappe heißt Chiappe — Claude Chiappe, der Physiker und Lancier des Lufttelegraphen (1763 bis 1805).

BRIEFKASTEN

Jurij B., London. In Köln ist der rückfällige politische Warden Hannes Wirth in feierlichem Staatsbegräbnis beigesetzt worden. Die Ehre wurde ihm gewährt, weil er einige Separatistenführer heimtätlich abgeknallt hat. Ministerpräsident Brüning hat einen Kranz geschickt. Laut der „Kölnischen Zeitung“ lagte am Grabe der Gaufler Staatsrat Groß:

„Stets möge er dem deutschen Volk, das ihm danke und ihn grüße, durch sein Tun als Beispiel gelten.“

Ein Beispiel im Norden! Der Regierungspräsident zur Bon-jen, ein „frommer“ katholischer Mann wünschte, daß der Geist des Toten weiter in uns sprichet. Der Geist eines mehrfachen Mörders! Der Kapitän Ehrhardt aber hielt am Grabe eine Rede von andächtigen Sätzen wie diese:

„Du wußtest, daß der getrocknete Weg zum Herzen von Petrátern noch immer die Violefenkugel gewesen ist, und so drangst du mit deinem Freund Wirthmann in dem von den Franzosen besetzten Spener in das Zimmer ein, in dem Heinz Ehrlich mit seinen Genossen lagte, und ihr schloßet die ganze Gesellschaft zusammen. Zurück-gekehrt nach abenteuerlicher Fahrt, ersticket du die ganze Angelegenheit mit deiner Meldung: Befehl ausgeführt.“ Vor dem Reichsgericht aber hat neulich Wirths frech geschworen, die NSDAP. lehne den politischen Werd ab. Wann wird das Weinschäufelchen gegen den verlogenen Surtichen eröffnet?

„Blanco“ Caracas. Dank und schöne Grüße! Der „Völkische Beobachter“ ist im Saargebiet verboten. Wir konnten den Rufsch gegen Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt schon aus anderer Quelle. Der „Rundfunk-Quartier“ hat darüber u. a. berichtet:

„Man gibt im „Völkischen Beobachter“ Schmitt zu verstehen, daß das Reichswirtschaftsministerium entweder seine liberale Ein-stellung den Juden gegenüber aufgeben muß oder die meisten führenden Beamten gezwungen werden, das Ministerium zu ver-lassen. Die Zeitung gibt bekannt, daß „eine gründliche Reinigung der höchsten Stellen des Ministeriums bevorsteht“, und fügt hinzu, daß Schmitt sich entscheiden muß, ob er seinen Stab alter juben-freundlicher Beamten behalten will oder ob es nicht bald Zeit ist, sie durch junge Nationalsozialisten zu ersetzen.“

Der „Völkische Beobachter“ teilt mit, daß führende Beamte des Reichswirtschaftsministeriums der Regierung vorschlagen hätten, gegen den weitgehenden Boykott jüdischer Anzeigen in der deut-schen Presse vorzugehen, und erklärt, daß diese Beamten der Reichsregierung einen Befehl in Vorhinein brachten, sogar die offiziellen nationalsozialistischen Zeitungen zur Annahme jüdischer Anzeigen zu zwingen.

„Kann jemand behaupten, daß solche Beamte an führender Stelle im neuen Reich geduldet werden müssen?“, fragt der „Völkische Beobachter“. Man wozit den Reichswirtschaftsminister Schmitt, er werde für jedes Mitglied seines Stabes verantwortlich gemacht; das übliche Argument, daß es sich bei den alten jubenfreundlichen Beamten um Männer mit wirtschaftlicher und sozialer Erfahrung handle, sei keine Entschuldigung.“

Tas alles sind nur leise läufende Lüftchen. Die Stürme kommen noch.

L. S. Sie mögen uns auf das Bilderbild in der letzten Nummer des nationalsozialistischen „Jüdischen Beobachter“ aufmerksam. Es zeigt auf der ersten Seite eine Grobhaufnahme Ditters im Profil mit angewinkeltem Arm und geballter Faust. Es fehlt nur, daß darunter steht „Hoi-Heint“. In derselben Nummer der Zeitung befindet sich das Bild eines Kommunisten in genau der gleichen Haltung unter der Ueberschrift „So war es früher“. — Der einzige Unterschied zwischen früher und heute besteht darin, daß es sich außer Ditter niemand erlauben darf, die Hand zum Hoi-Heint-Gruß zu erheben, wenn er nicht seine Freiheit riskieren will. Nur der Führer hat das Recht hierzu. Die anderen dürfen höchstens die Faust in der Tasche halten.

Für den Gesamteindruck verantwortlich: Johann Fiß in Dub-weller; für Infertate: Otto Kubn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schützenstraße 3.

Gut eingeführtes luxemburgisches Fabrikations- und Handelsunter-nehmen, ausbaufähig, mit großem Kundennetz in Luxemburg und Elsaß-Lothringen, sucht zwecks weiterer Ausdehnung

stillen oder tätigen Teilhaber

mit einer Einlage von 30-75 Mille. Offerten von nur ernsthaften, strebsamen und arbeitsfreudigen Herren, die sich in Luxemburg eine neue und sichere Existenz gründen wollen, erbeten unter Nr. 394 an die „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken.

Dr. Spécialiste

96, rue de Rivoli - Métro: Châtelet

RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Wunden. Neueste Behandlungsmethoden. Elektrische Impulsverfahren. Trypafis vine-Einspritzungen. Blut- und Harn-Untersuchungen. Spezmakultur, Salvarsan, Wismut usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr. Konsultationen von 25 Fr. ab.

Man spricht deutsch

Spielwaren-industrie

sucht für PARIS tüchtigen VERTRETER

der Beziehungen zu Warenhäuser oder Konzernen hat. (Generalvertret. für Frankreich nicht ausgeschlossen)

Angebote unter S. W. an LIGA FÜR MENSCHENRECHTE PARIS XIV. Rue Jean Dolenk (Rechtsstelle)

Werbt für die „Deutsche Freiheit“